Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Wolkenuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 123. Sonnabend, 28. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Das Agrar-Programm der Partei.

(Schluß der Dienstag-Sitzung.)

Es folgen

die Abstimmungen.

Vorsitzender Wels: Der Antrag Leipzig mit einer Mißbilligung gegen Grzesinski ist zurückgezogen. Da hätten wir uns einen großen Teil der Debatte sparen können. (Heiterkeit). Die Anträge zum Kommunalprogramm bitte ich durch Beschlüsse der kommunalpolitischen Tagung und die dort beschlossenen Richtlinien für erledigt zu erklären. Es wird so beschlossen. Die Anträge auf Schaffung eines preußischen Parteitages und einer preußischen Landesorganisation sehen Parteiausschuß und Parteivorstand so an: sie halten es für wünschenswert, daß die preußischen Genossen mit ihrer Landtagsfraktion in engstem Konnex stehen und sind bereit, vor der nächsten Landtagswahl einen Parteitag einzuberufen. So wird beschlossen.

Die Anträge, das Parteivorstand und Reichstagsfraktion vor wichtigen Entscheidungen die Gesamtpartei befragen, werden abgelehnt, nach der Erklärung von Wels, daß der Parteivorstand keine Selbstmordabsichten habe und immer engste Verbindung mit der Fraktion halten werde. Die Entschließung, der Parteivorstand möge dahin wirken, den „Vorwärts" zu einem wirklichen Zentralorgan auszubauen, wird angenommen. Der Antrag, wonach von den Mitgliedern des Parteivorstandes nur die Hälfte ein Mandat erhalten darf, wird abgelehnt. Die Anträge, die die Abhaltung der Frauenkonferenz vor dem Parteitage wünschen, werden ebenfalls abgelehnt, um dem Parteivorstand in dieser Beziehung Freiheit zu lassen. Desgleichen ein Antrag Nürnberg auf Beseitigung der Doppelmandate. Den Antrag Berlin, der Vereinigung sozialistischer Akademiker, die Auflösung anzuempfehlen, bittet der Parteivorstand abzulehnen, weil die Konsequenz für die anderen Vereine nicht abzusehen sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Hinsichtlich der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Arbeiterjugend auf 20 Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß mit 18 Jahren der Eintritt in die Partei zu vollziehen ist. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Es folgen die Anträge zur Beamtenfrage. Zunächst wird die Erklärung des Parteiausschusses und Parteivorstandes genehmigt. Dadurch sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme eines Antrages, der fordert, daß die Kandidaten der Partei freigewerkschaftlich organisert sein sollen, soweit eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist. Zunächst wird mit großer Mehrheit der Zusatzantrag Steinkopf angenommen, der anstelle der Vorschrift eine Empfehlung setzt. Die Resolution Aufhäuser-Steinkopf wird angenommen. Angenommen wird auch der Antrag Hamburg auf Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Einige Anträge beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit zu bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen. Parteivorstand und Parteiausschuß erklären, daß sie die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung für eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen halten. Aber man solle nicht hinter jedem Schritt eines Genossen den Parteischutzmann stellen. Aus sog. Kulturvereinen auszutreten, könne man generell nicht vorschreiben. Es sei z. B. an den Verein für Sozialpolitik und die Staatswissenschaftliche Vereinigung zu denken. Die Anträge werden abgelehnt, angenommen wird nur ein allgemeiner Antrag, daß Parteigenossen nur solchen Vereinen angehören dürfen, die die sozialdemokratische Partei nicht schädigen.

Es folgen die Anträge auf Vertretung des Personals der Parteigeschäfte in der Konzentration. Wels macht nochmals darauf aufmerksam, daß nach der Wahl durch den Parteitag die Genossen Ludwig und Barteis die Geschäfte der Partei bearbeiten und die Konzentration leiten. Davon könne ohne Abänderung des Parteistatuts nicht abgegangen werden. Die Anträge werden abgelehnt. Der Antrag auf Nachprüfung der Ausschlüsse wegen Beteiligung an Rußlandelegationen wird gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt, nachdem Wels erklärt hat, daß niemand aus der Partei ausgeschlossen worden sei, weil er sich nach Rußland habe delegieren lassen.

Eine Zahl von Anträgen und Anregungen zur Organisation und Agitation werden dem Parteivorstand überwiesen. Angenommen wird unter Heiterkeit ein Antrag, der eine jährliche Kontrolle der Mitgliedsbücher fordert. Die Anträge auf Unterstützung der Weltsprache Esperanto werden abgelehnt, da die Partei als politische Körperschaft dafür nichts tun könne. Abgelehnt werden ferner die Anträge, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, daß die Ergebnisse aller Abstimmungen in den Parlamenten zahlenmäßig bekannt gemacht werden. Der Parteivorstand erklärt, daß die Kontrolle in dieser Beziehung in den Bezirken erfolgen müßte. Abgelehnt werden auch die Anträge über die Abzüge der Diäten durch die Partei. Endlich werden auch abgelehnt die Anträge auf Einführung einer allgemeinen Sterbeversicherung für Parteimitglieder und die Anträge, die ein Verbot einer Sterbeversicherung fordern.

Hinsichtlich des Organisationsstatuts wird das Eintrittsgeld auf mindestens einen Wochenbeitrag festgesetzt. Alle Anträge auf Aenderung der Beitragsleistung — Staffelung der Beiträge und Aenderung des Delegations- u. Stimmrechts auf Parteitagen — werden abgelehnt, weil die Fragen bei der nächsten Statutenrevision behandelt werden sollen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wird auch der Antrag Leipzig auf Beseitigung der Umlage der Parteigeschäfte nach dem Umsatz. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wird eine Aenderung im Statut beschlossen, durch die es den Parteigenossenschaften zur Pflicht gemacht wird, die Beisitzer zu einem Schiedsgericht binnen vier Wochen zu ernennen.

Die von der Kontrollkommission beantragte Entlastung wird dem Parteivorstand erteilt. Dagegen stimmen unter großer Bewegung des Parteitages einige sächsische, besonders Chemnitzer Delegierte.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Vogel-Nürnberg. Zum Parteitag delegiert sind 417 Vertreter, davon 54 Frauen. Anwesend sind 415 Vertreter, davon 53 Frauen, außerdem 15 Genossen als Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Unter den anwesenden sind gewählte Delegierte 290 (35 Frauen), Reichstagsfraktion 26 (3), Parteiausschuß 42 (10), Kontrollkommission 8 (1), Parteivorstand 19 (3), Agrarkommission 10, Vertreter verschiedener Parteiinstitutionen 12 (1) außerdem ein Referent. — Der Berichterstatter beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt der Bericht über

das Agrar-Programm.

Referent Dr. Baade:

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei ebenso alt wie die Parteibewegung selbst. Bis zum Kriege blieben die knappen Ansätze des Erfurter Programms unsere einzigen Richtlinien in der Agrarfrage. In der Kriegs- und Nachkriegszeit stand die tatsächliche Politik der sozialdemokratischen Fraktion in einem gewissen Gegensatz zu diesem Programm, indem ein positiver Aufbau in der Agrarpolitik erstmalig in der Hebung der bäuerlichen Wirtschaft versucht wurde. Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege ging durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung, die von starkem Widerhall in der Partei begleitet war. Wir sind damals in der kritiklosen Uebernahme jeder Forderung auf dem Gebiete der Siedlung über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!). Die Anerkennung der Tatsache, daß

in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwergewicht der Agrarpolitik

ruht und wir mit ihrer Weiterexistenz in unbegrenzter Zeit rechnen mußten, mußte für die Agrarkommission der Ausgangspunkt sein, um endlich die Einigkeit herzustellen zwischen der prinzipiellen Stellung der Partei und ihrer praktischen Politik.

Wir haben uns mit den vom Genossen David entwickelten Gesamtideen auseinandergesetzt. Dabei unterschieden wir drei Hauptbestandteile. Der erste ist die einfache Feststellung der Tatsache, daß

die Entwicklung der Betriebsverteilung

in der Landwirtschaft nicht die geringsten Anhaltspunkte für eine Konzentrationsbewegung gibt. Die bedeutungsvollste Tatsache aus der Betriebsstatistik ist, daß eigentlich alle großen Kategorien von Betriebsgruppen in der Landwirtschaft

ihre Existenz mit erstaunlicher Lebensfähigkeit behauptet

haben. Eine Verschiebung in allen Klassen ist außerordentlich gering. Selbst die starke Verschiebung in der Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe von 5 auf 20 Hektar ist, auf die Gesamtheit der Landwirtschaft umgerechnet, recht gering. Nicht weniger als 250 Jahre würde es dauern, damit bei der Fortsetzung dieser Entwicklung im gleichen Tempo der gesamte Großgrundbesitz zugunsten des bäuerlichen Betriebes aufgelöst ist. Also

die Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebsform

ist wohl die bedeutungsvollste Erscheinung, die wir feststellen müssen. Es wäre verkehrt, ein Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Entwicklung ein Großbetrieb den Kleinbetrieb oder umgekehrt verdrängen würde.

Wenn man nach marxistischen Methoden von der Erkenntnis der Wirklichkeit ausgeht, muß man feststellen, daß der Streit um die Betriebsgrößenklassen maßlos aufgebauscht worden ist. Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn ich mir die Gründe ansehe, die für

die Ueberlegenheit der einen oder anderen Betriebsgrößenklasse

ins Feld geführt worden sind. Es ist doch richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeitskraft als Qualitätsarbeit, die im höchsten eigenen Interesse geleistet wird, eine ganz besondere Rolle spielt und daß der Familienbetrieb, der mit daran besonders interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, einen bedeutenden Vorsprung vor jedem Großbetrieb hat, der mit fremden Arbeitern wirtschaften muß, weil hier die Kontrolle hinsichtlich der Qualität nicht so durchgeführt werden kann, wie in der Industrie. Aber auch den Gedanken, daß der Familienbetrieb dem Großbetrieb entscheidend überlegen sein müßte, kann ich nicht folgen. Man darf nicht vergessen, daß in einem großen speziell bäuerlichen Betriebe gerade die Zweckmäßigkeit und Lebenskraft aufgebaut ist auf dem **Grundsatz methodischer Arbeitsausnützung und Ausbeutung der Frau und der ganzen Familie.** (Sehr wahr). Sehr bedeutsam erscheint mir die viel zu wenig beachtete Tatsache, die die tatsächliche produktive Leistung zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der deutschen Landwirtschaft außerordentlich stark zu Ungunsten des Kleinbetriebes verteilt.

Weltwirtschaftlich hat sich in der letzten Jahrhunderthälfte

der Nahrungsmittelspielraum ungeheuer ausgedehnt.

Ein Ernährungsproblem hat es für den europäischen Kontinent in den Jahren von 1850 bis 1900 überhaupt nicht gegeben, weil ungeheure Flächen Neuland in Amerika erschlossen wurden. Unser ganzes Denken über das, was volkswirtschaftlich notwendig ist, ist noch auf jene Erfahrungen aufgebaut. Wir hatten einen unbegrenzten Bevölkerungszuwachs, der einseitig in der Industriesphäre untergebracht werden kann, und dabei noch ein fortgesetztes Steigen des Reallohns und der Lebenshaltung der breiten Massen für selbstverständlich. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine solche Entwicklung nicht möglich ist, ohne daß die Versorgung mit Lebensmitteln im gleichen Tempo wie bis Ende des vorigen Jahrhunderts vor sich geht. Sie ist aber mit der Jahrhundertwende wesentlich langsamer geworden. Wir sind in eine **steigende Entwicklung der Getreide- und Fleischpreise** hineingeraten. Auch die Entwicklung der Reallöhne hat ein viel langsameres Tempo eingeschlagen. Die Verknappung des Nahrungsmittelspielraums der Erde im Verhältnis zu den fortschrittlichen Tendenzen des Proletariats hat sich durch den Krieg noch wesentlich verschärft.

Die Periode der Bedrohung der europäischen Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion von Uebersee ist längst vorbei und damit haben auch die alten schutzzöllnerischen Ideen in Europa vollkommen ihren Boden verloren. (Sehr richtig!) Wir haben ein Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion nicht gehemmt wird, daß der Kampf der Menschheit gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag mit neuen Mitteln fortgeführt wird im Interesse einer Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Massen.

In unserem Programmentwurf ist ausgesprochen, daß das alte Regime auf diesem Gebiet, dem wichtigsten der Agrarpolitik, alles vernachlässigt hat. Die bisherigen Regierungen, namentlich der monarchistischen Zeit, haben das landwirtschaftliche Bildungswesen so systematisch vernachlässigt, als ob sie den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft gewaltsam verhindern wollten.

In der Vergangenheit fehlt die Tatsache jeder praktischen Bauernpolitik vollständig.

(Sehr wahr!) Nun könnte jemand sagen, daß diese Forderungen auf Produktionssteigerungen auch in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnten. Jedes bürgerliche Agrarprogramm beruht zunächst auf der freien Konkurrenz und auf der Initiative des privaten Unternehmens. Die geschichtliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik hat aber gezeigt, daß das keine genügende Motoren zum Fortschritt sind, daß der bloße Eigennutz und die freie Herrschaft des Privateigentums nicht dazu ausreichen, den landwirtschaftlichen Betrieb vorwärts zu bringen.

Auch das Programm planmäßiger produktiver Steigerung läßt sich nur durchführen zusammen mit einem

Programm der Absatzregelung,

die nach kapitalistischen Ideengängen niemals geführt werden kann. Unsere Vorschläge auf gemeinwirtschaftliche Regelung des Absatzes der Produktion haben einen konkreten Ausdruck gefunden in unserem Vorschlag des Handelsmonopols und der gleichzeitigen Beseitigung der jetzigen Getreidezölle. Aber unsere Leipziger Genossen haben zur Erreichung dieses Zieles andere Vorschläge gemacht. Sie fürchten, daß bei unserer ungenügenden politischen Machtposition das Getreidemonopol gegen uns ausgewirkt werden könnte und empfehlen deshalb, dem Getreidehandel lieber den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übertragen. Ich sehe gar keine Möglichkeit, das Getreidemonopol durchzusetzen, ehe unsere politische Macht nicht viel größer geworden ist. (Sehr wahr!)

Aber den Getreidehandel den Erzeugergenossenschaften zu übertragen — das wäre trotz der einschränkenden Klausel von Konsumvereinen blutigster Dilettantismus.

Die jetzige famose Getreidehandelsgesellschaft ist ja nichts weiter als die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirtschaft, in der ein Vertreter der Konsumvereine bei jeder Abstimmung überstimmt wird. Es ist eben grundfalsch, die Bedeutung und den sozialen Gehalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftsmeyers zu überschätzen. Eine Genossenschaft ist noch lange nichts Sozialistisches, weil das Wort Genosse darin vorkommt. (Heiterkeit). Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind monopolistische Organisationen der Erzeuger, denen der Verbraucher genau so mißtrauisch gegenüberstehen muß wie dem großindustriellen Kartell.

Unmittelbar an die Getreidefrage schließt sich die Futtermittel- und Kartoffelfrage. Die ungeheuren Preisschwankungen auf dem Viehmarkt lassen sich nicht vermeiden, ehe nicht eine gemeinwirtschaftliche Organisation die Stabilisierung der Preise für Getreide und Futtermittel durchgeführt hat. Diese Preisschwankungen sind die größte Gefahr für den bäuerlichen Besitz. Von den Kartoffeln und Futtermitteln führt dann das Problem zur Branntweinbrennerei, Zuckermarkt usw. Bei einer Aenderung der politischen Machtverhältnisse hätten wir hier Möglichkeit zur Sozialisierung, die weit über alle die früheren Utopien hinausgeht. **Unser Agrarprogramm ist das Gegenwartsprogramm,** aber das Durchdenken der Gegenwartsprobleme hat für uns nirgends bedeutet, daß wir auf die Sozialisierung Verzicht leisten, sondern nur, **daß wir praktisch den wirksamsten und schnellsten Weg gesucht haben zur Anwendung sozialistischer Grundsätze in der Wirtschaft. (Beifall).**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0001

Ueber die weiteren Teile des Agrarprogramms, besonders

der Boden- und Siedlerfragen,

erstattet das Referat

Reg.-Präs. Krüger-Lüneburg:

Dem Agrarprogramm der SPD. geben die Forderungen ihr besonderes Gepräge, die sich beziehen auf die Neugestaltung der Bodenbesitzverteilung, auf eine grundlegende Bodenreform zur restlosen Ueberwindung des Feudalismus und Kapitalismus auf dem Lande im Verein mit einer völligen Umwandlung der Verhältnisse der Landarbeiter. Wir müssen bei unserem Programm an die deutschen Verhältnisse anknüpfen.

Die Berufs- und Betriebszählungen zeigen uns, daß die meisten Großbetriebe östlich der Elbe vorhanden sind, während in Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen, in der Provinz Sachsen und im größten Teile von Bayern die großen mittelbäuerlichen Betriebe überwiegen und im Rest des deutschen Gebietes, in Thüringen, im Maingebiet, im Rheinland, in der Rheinpfalz, in Hessen, in Baden und im westlichen Teile von Württemberg überwiegen die Mittel- und Kleinbauern. Am Rhein, in Baden und Württemberg spielen außerdem die Parzellenbetriebe unter zwei Hektar eine große Rolle. Aber man darf nicht übersehen, daß sich Großbetrieb und Großgrundbesitz nicht decken. Im Westen und Süden Deutschlands beruhen viele Kleinbetriebe auf der Pachtwirtschaft. Die Verpächter sind Großgrundbesitzer großen Stils. So sind allein in Westfalen etwa 70 000 Pächter von nur 95 Fideikommißbesitzern abhängig. Wie infolge der besonderen geschichtlichen Entwicklung die Betriebsverfassung in Deutschland außerordentlich verschieden ist, so weist auch

die Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft

große Unterschiede auf. Die Mittel- und Kleinbauern arbeiten hauptsächlich mit den Arbeitskräften ihrer Familie. Beim großbäuerlichen Betrieb spielen die fremden Arbeitskräfte schon eine größere Rolle. Die Großbetriebe sind lediglich auf fremde Arbeitskräfte angewiesen und beschäftigen seit der Zunahme des Zuckerrübenbaues auch viele ausländische Wanderarbeiter.

Auch über

die Verhältnisse der Landarbeiter

besitzen wir leider keine neue umfassende Uebersicht. Man kann zwei große Gruppen unterscheiden: das Gesinde, das meist unverheiratet ist und die verheirateten Tagelöhner. Eine ganz besondere Rolle spielen im Nordwesten Deutschlands, in Westfalen und in Teilen der Provinz die Heuerlinge. Der Heuermann ist ein Arbeiter-Pächter. Er erhält vom Arbeitgeber gegen eine verhältnismäßig niedrige Pacht eine kleine Stelle und hat dafür seinem Verpächter und Arbeitsherrn bestimmte Arbeiten gegen einen verhältnismäßig geringen Tagelohn zu leisten.

Diese Uebersicht zeigt uns, daß

die Entwicklung in der Landwirtschaft

anders verläuft als in der Industrie. In der Landwirtschaft hat die Trennung der Produzenten von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, keine Fortschritte gemacht. Auch die Konzentration der Betriebe ist in den letzten Jahrzehnten nicht weiter fortgeschritten: die Zahl der Großbetriebe und der großbäuerlichen Betriebe hat im Gegenteil abgenommen, während die Zahl der kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe zugenommen hat. Hilferding hat kürzlich die theoretische Erklärung hierfür aus den Gesetzen der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegeben und mit vollem Recht ausgeführt, daß gerade die Anwendung der marxistischen Methoden uns zeigt, daß das Konzentrationsgesetz **für die Landwirtschaft keine Geltung hat.** Aus diesen wissenschaftlich erwiesenen Tatsachen muß die Partei für ihr Programm die Folgerungen ziehen. Die SPD. muß offen aussprechen, daß

das Dogma vom Untergang der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe,

das man noch heute vielfach in Parteikreisen findet, unrichtig ist und daß sie daraus ehrlich ihre Folgerungen ziehen will. Das will der Entwurf.

Der erste Abschnitt über

die Bodenreform

beginnt mit der auf allgemein anerkannter wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Feststellung, daß die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse die Grundeigentumsverhältnisse gestaltet hat. Das Ziel der SPD. muß sein, dieses auf einer jahrhundertelang betriebenen Klassenpolitik beruhende Bodenmonopol des Großgrundbesitzes zu überwinden. Dazu ist nicht etwa die Aufhebung des gesamten Privateigentums an Grund und Boden notwendig. Der Kampf des Sozialismus hat von seinen Anfängen an nur dem kapitalistischen Eigentum, dem Ausbeutereigentum, gegolten. Dies zeigt sich besonders klar bei den Latifundienbesitzen im Osten, Westen und Süden des Reiches, die noch dazu vielfach geringere Erträge bringen als die kleineren Güter und die bäuerlichen Betriebe. Genau das Gegenteil gilt dagegen von den selbstwirtschaftenden Bauern und den kleinen Parzelleneigentümern. Hier kann von der Ausbeutung eines Menschen durch andere nicht die Rede sein. In der Mitte zwischen diesen beiden Extremen stehen die gewöhnlichen Rittergüter und die Großbauern. Hier hat der Eigentümer zwar eine volkswirtschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit als Leiter des Betriebes zu leisten, aber sein Bodeneigentum verhindert dem besitzlosen Landarbeiter den Zugang zum Grund und Boden und erweist sich so ebenfalls als Ausfluß eines Monopols.

Das Programm trägt diesen drei verschiedenen Grundformen des Bodeneigentums Rechnung. Es wendet sich scharf

gegen den Latifundienbesitz.

Alles Bodeneigentum, das eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Grenze überschreitet — im deutschen Osten etwa 750 Hektar = 300 Morgen — soll

an das Reich abgetreten

werden. Als Entschädigung soll der Steuerwert der Grundstücke vergütet werden. Der gewonnene Boden soll nach Möglichkeit für die Zwecke der Siedlung unter Ausschluß der privaten Spekulation verwendet werden.

Das Programm bekennt sich außerdem zu der

Siedlungspolitik,

wie sie unter Zustimmung der Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages seit der Revolution begonnen worden ist. Bei dieser Stellungnahme kann man sagen, daß auf Grund der heutigen Wissenschaft — sowohl der sozialistischen wie der bürgerlichen — die alte Streitfrage um Groß- und Kleinbetrieb ihre Bedeutung verloren hat.

Wenn so wirtschaftliche Rücksichten nicht gegen den Standpunkt des Entwurfes sprechen, so sprechen die wichtigsten politischen Gründe dafür. Gegenüberdem Großgrundbesitz, dem Todfeinde der demokratischen Republik, kann

eine Demokratisierung des flachen Landes

nur durchgeführt werden, wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit in großen Teilen der Landbevölkerung vom Großgrundbesitz beseitigt wird. Das läßt sich nur erreichen auf dem Wege des Entwurfes.

Güter bis zu 750 Hektar sollen nicht enteignet werden nach dem Entwurf. Hier wird aber

eine grundlegende Reform der Arbeiterverhältnisse

verlangt, welche die heutige drückende Abhängigkeit der Landarbeiter von ihrem Gutsherrn beseitigt. Die einzelnen Forderungen, die im Zusammenwirken mit dem Landarbeiterverbande aufgestellt sind, sehen besonders die Beseitigung der Werkwohnungen vor. Außerdem sollen die Landarbeiter hinsichtlich der gewerkschaftlicher Betätigung und in sozialpolitischer Hinsicht den Industriearbeitern auch tatsächlich gleichgestellt werden.

Ganz anders als das Eigentum der Latifundienbesitzer muß natürlich

das Eigentum der Mittel- und Kleinbauern

behandelt werden. Hier kann von irgend einer Enteignung oder von Eigentumsbeschränkungen nicht die Rede sein. Vielmehr müssen — und das fordern die Abschnitte 2, 3 und 4 — alle Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit in diesen Betrieben so fruchtbringend und ertragreich wie irgend möglich zu gestalten. Mit Recht weist der Entwurf zum Schluß darauf hin, daß eine tiefe Interessensolidarität die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern verbindet.

Eingehende Forderungen werden auch zur

Sicherung des Pachtschutzes

gestellt, dessen sich die SPD. im Interesse der kleinen Pächter auf dem Lande seit der Revolution besonders angenommen hat. Gefordert wird ferner

eine planmäßige Bodenpolitik der Gemeinden,

gesichert durch ein Vorkaufsrecht, welche die Versorgung der landbedürftigen Bevölkerung mit Pachtland und Kleingartenland, sowie mit Bauplätzen für alle Zeit ermöglicht. Endlich fordert der letzte Abschnitt des Programms

eine bäuerliche Sozialpolitik,

vor allem eine wirksame Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, sowie eine leistungsfähige Krankenversicherung, Invaliden- und Altersversicherung auch für die kleinen Landwirte, endlich wirksame Versicherungen gegen unvorhergesehene Katastrophen, sowie eine Lebensversicherung, um die Ueberlastung des bäuerlichen Besitzes mit Besitzwechsel und Abfindungshypotheken zu verhüten.

Die Grundsätze des Programms widersprechen keineswegs den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus. Es gibt keine sozialistische Lehre, die uns zwingt, in der Landwirtschaft den Ersatz der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu fordern.

Nicht nur unsere Parteigenossen in Deutschland und im Auslande, auch unsere Gegner erwarten den Ausgang der Verhandlungen des Agrarprogramms mit großer Spannung. Der Entwurf des Parteivorstandes wird sich als wirksame Waffe erweisen in dem großen Befreiungskampf zwischen der arbeitenden Bevölkerung und ihren Widersachern. Darum ist eine möglichst einstimmige Annahme dringend zu wünschen! (Lebhafter Beifall).

Hilferding (Parteivorstand) beantragt zur Geschäftsordnung, den Entwurf des Agrarprogramms noch einmal an die Agrarkommission zurückzuverweisen, damit sie in den nächsten beiden Tagen ihn noch einmal gründlich durchsprechen kann. Der Vorschlag wird angenommen.

Vorsitzender Wels erklärt, daß auch der von ihm als angenommen bezeichnete Antrag Berlin, wonach nur freigewerkschaftlich organisierte Genossen Mandate annehmen dürfen, durch die Erklärung des Parteivorstandes und den Antrag Aufhäuser-Steinkopf erledigt gewesen sei.

*

Mittwoch-Vormittag-Sitzung.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Kiel, 25. Mai.

Der Parteitag wurde heute kurz nach 8.30 Uhr von dem Vorsitzenden Wels eröffnet. Er nahm sofort den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion durch Robert Schmidt entgegen.

Genosse Robert Schmidt:

Der ausführliche schriftliche Bericht, der im Jahrbuch über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gegeben ist, soll von hier aus nur eine Ergänzung erfahren, indem ich die wichtigsten Vorgänge im Parlament kritisch Revue passieren lasse. Als wir im Jahre 1925 in Heidelberg unseren Parteitag abhielten, standen wir der Regierung Luther mit dem stark deutschnationalen Einschlag gegenüber. Im Wirtschaftsleben zeigten sich die ersten Anfänge einer stark einsetzenden Krise, die unter der Herrschaft des Bürgerblocks im lebhaften Tempo sich verschärfte. Allerdings hatte die Regierung Luther bei ihrem Eintritt versprochen, dahin zu wirken, daß das Wirtschaftsleben gesunde und namentlich auch für eine ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung gesorgt werden solle. Als das Kabinett dann im Dezember 1925 zurücktrat, hatte sich die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie Unterstützung erhielten, von 535 000 auf 1 057 000 vermehrt. **Das Programm des Bürgerblocks ging also in Schall und Rauch auf.**

Gegenwärtig stehen wir abermals einer Bürgerblockregierung gegenüber, die durch ihre Zoll- und Handelsvertragspolitik den Ablauf der Krise nur aufgehalten hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren ein Tempo zur Konzentration der Kapitalmacht eingeschlagen, wie nie zuvor. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß die großkapitalistischen Unternehmungen und Organisationen ganz systematisch die Produktion auf den Bedarf des Marktes eingestellt haben. Man legt Betriebe still, baut die leistungsfähigen aus, griff auf den internationalen Markt über, um sich dort mit der Konkurrenz zu verständigen. Die Folge ist das Anwachsen einer wirtschaftlichen Macht von immer größerer Bedeutung und nicht zu unterschätzendem politischen Einfluß. Die wirtschaftlich Schwachen werden an die Wand gedrückt, Hunderttausende von Arbeitern brotlos gemacht.

Und über die Folgen dieser Arrondierung seines Herrschaftsgebiets nach der sozialpolitischen Seite haben sich diese kapitalistischen Interessentengruppen nie Bedenken auferlegt.

Aus dieser Konstellation der Wirtschaft ergab sich klar die Aufgabe der Sozialdemokratischen Fraktion.

1. Es mußte Sorge getroffen werden, daß die Opfer des heutigen Wirtschaftssystems, die große Masse der Arbeitslosen, eine weitgehende Fürsorge erfahren.

2. Durch die produktive Erwerbslosenfürsorge die Mittel flüssig zu machen, um aus der großen Zahl der Arbeitslosen einen Teil wieder in Arbeit zu bringen.

Wichtig schien uns, unmittelbar für gemeinnützige Zwecke Aufwendungen zur Arbeitsbeschaffung anzufordern. Hier hat der Reichstag unter der starken Einwirkung der Sozialdemokratischen Partei ein sehr umfangreiches Programm ausgearbeitet, das in der Praxis dazu führte, erhebliche Mittel für diese Zwecke bereitzustellen.

Im engen Zusammenhang damit steht die Unterstützung der Erwerbslosen. Nach dem Kriege wurde im Jahre 1918 bereits von den Volksbeauftragten die Erwerbslosenfürsorge eingeführt. 1923 wurde die Beitragspflicht der Unternehmer und Arbeiter angeordnet, und der Restbeitrag, der für Unterstützung notwendig wäre, aus Reichsmitteln angefordert. Schließlich ist 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge dem Reichstag unterbreitet, dessen Verabschiedung noch bevorsteht.

In diesem Zeitraum ist es der Sozialdemokratischen Partei gelungen, die Unterstützungssätze nicht unerheblich zu erhöhen und die Dauer der Unterstützung von anfänglich 13 Wochen auf 52 Wochen zu steigern. Es gelang uns ferner, in dem Krisenfürsorgegesetz auch über diese Zeit hinaus den durch die Arbeitslosigkeit schwer Geschädigten einen Anspruch auf weitere Unterstützung zu sichern. Bemerkenswert ist, daß bei diesem sehr wichtigen sozialpolitischen Gesetz die Kommunisten mit den Deutschnationalen und Völkischen gemeinsam dagegen stimmten.

Im langen zähen Kampfe ist das Arbeitszeitnotgesetz gegen den Widerspruch der Gewerkschaften und der Partei im Reichstag verabschiedet. Das Gesetz entfernt sich weit von dem, was übereinstimmend alle Gewerkschaftsorganisationen gefordert haben. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich eifrig bemüht, dieses überaus reaktionäre Gesetz, das in seiner ganzen Tendenz gegen die Arbeitsinteressen gerichtet ist, zu verbessern und die Wirkung abzuschwächen. Das ist nicht gelungen gegenüber der geschlossenen Front des Regierungsblocks.

Zu den politischen Aktionen die der Bürgerblock gegen die Interessen der Arbeiterklasse zur Ausführung brachte, gehört auch die Rückkehr zu dem alten System der Schutzzollpolitik. Gegenwärtig stehen wir unter einem neuen Ansturm der Agrarier, ihr Ziel ist, unter der Führung des Ministers Schiele den Getreidezoll auf sechs Mark, den Zuckerzoll von 10 auf 15 Mark zu erhöhen, die Zollfreiheit für Gefrierfleisch aufzuheben und anschließend hieran für Fleisch, Vieh, Milch und Fett eine abermalige Erhöhung der Zollsätze durchzusetzen.

In dem abgeschlossenen Zeitraum der Berichterstattung sind eine große Anzahl von Handelsverträgen zur Verabschiedung gekommen. Die Handelsverträge befriedigen mit wenigen Ausnahmen keineswegs. Ihre Schwäche besteht vor allem darin, daß sie nur kurzfristig laufen und damit schon andauernd eine Unsicherheit in den auswärtigen Handel hineintragen.

Die Steuerpolitik und die Steuerreform hat im Reichstag zu langen Debatten und grundsätzlichen Auseinandersetzungen gegenüber den bürgerlichen Parteien geführt. Grundsätzlich hält die sozialdemokratische Fraktion an der Aufrechterhaltung der zentralen Verwaltung sowohl in der Verwaltung wie in der Kontrolle des Steueraufkommens fest. Unsere Bestrebungen gingen darauf hinaus, unter kritischer Betrachtung der lasen Handhabung bei der Einschätzung der höheren Einkommen und der Vermögen zu einer schärferen Kontrolle zu kommen. Als eines dieser Mittel erschien uns notwendig, die Offenlegung der Steuerlisten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich auch ablehnend verhalten zu den Vorschlägen, die den Gemeinden wieder ein Zuschlagsrecht zu den veranlagten Einkommensteuerbeträgen gewähren wollte, denn es schien uns die Gefahr zu bestehen, daß dann auch die steuerfreien Einkommen von der Gemeinde zu einem Zuschlag benutzt wurden und damit die alten Ungerechtigkeiten des ehemaligen Steuersystems wieder aufleben. Unseren Bemühungen ist es gelungen, bei der Einkommensteuer die steuerfreie Grenze nach und nach von 60 auf 100 Mark monatlich zu erhöhen, und weiter für kinderreiche Familien eine über das ehemalige Maß hinausgehende Vergünstigung zu schaffen.

Das Kapitel des Finanzausgleichs wird noch gut in aller Erinnerung sein. Hier spielten stark die politischen Einflüsse der Bayerischen Volkspartei bei der Gestaltung des Gesetzes mit.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung haben wir einige nicht unbeachtliche Besserungen zu konstatieren. In der Invalidenversicherung gelang es uns, die Witwenrente, die bisher nur gewährt wurde, wenn die Witwe nach ärztlichem Ermessen nicht mehr zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit besaß, doch in dem Fall zu sichern, wenn die Witwe das 65. Lebensjahr erreicht hat, natürlich unter Aufrechterhaltung eines früheren Bezuges der Rente unter den erwähnten Voraussetzungen. Wir sind langsam in der Erhöhung der Renten wieder auf das Niveau der Rentengewährung vor dem Kriege gekommen und werden darüber hinausgehen in den nächsten Jahren.

Erfreulicherweise ist auch eine engere Verbindung mit der Angestelltenversicherung herbeigeführt, so daß die erworbenen Ansprüche aus der Invalidenversicherung bei Gewährung einer Rente, die aus der Angestelltenversicherung fließt, mit in Anrechnung kommt.

Einen verhältnismäßig guten Abschluß können wir in der Gestaltung des Arbeitsgerichtsgesetzes konstatieren. Es ist ein nicht unerheblicher Fortschritt in der Ausdehnung der Zuständigkeit dieser Gerichte herbeigeführt, und zwar insofern, als zu den bisherigen Arbeitergruppen die Landarbeiter, Eisenbahner und Büroangestellten hinzukommen. Dazu kommt eine mehr einheitliche Gestaltung dieser Gerichte, die der bisherigen Zersplitterung ein Ende bereiten.

Wiederholt haben wir im Reichstage bei Erörterung des großen Umfangs der Arbeitslosigkeit auf die besondere Notlage der Angestellten hingewiesen. Aelteren Angestellten ist es fast zur Unmöglichkeit geworden, wieder eine neue Anstellung zu erlangen, und bei der großen Umwälzung, die sich vollzog, sind gerade diese Kreise der Angestellten sehr stark aus dem Angestelltenverhältnis hinausgedrängt. Es wurde unsererseits versucht, wenigstens eine Sicherung zu gewähren gegen unmittelbare Entlassung durch eine Verlängerung der Kündigungsfristen. Der Reichstag hat dann auch den Beschluß gefaßt, daß abgestuft nach den Dienstjahren die Kündigungsfrist bis zu sechs Monaten laufen muß.

Immer vom Standpunkt der Hausbesitzerinteressen ausgehend, haben die bürgerlichen Parteien die Frage des Mieterschutzes behandelt. Es braucht kaum betont zu werden, daß die sozialdemokratische Fraktion sich rückhaltslos für den weitestgehenden Mieterschutz ausgesprochen hat.

Von der Wirtschaftspartei liegt jetzt der Antrag vor, das Gesetz über den Mieterschutz und das Reichsmietengesetz sowie auch das Wohnungsmangelgesetz am 1. Juli 1927 außer Kraft zu setzen. Damit würden die Wohnungsämter, Mieteinigungsämter aufgehoben.

Unsere Stellungnahme zu wichtigen kulturpolitischen Aufgaben ergab sich bei der Behandlung des Schund- und Schmutzgesetzes. Es ist keine Ruhmestat des demokratischen Ministers Külz, die er im Ministerium Marx vollbrachte. Wir verkennen nicht, daß in der Literatur Minderwertiges in reichem Maße in die Erscheinung tritt. Aber hier muß Erziehung den Sinn für das Schöne und Erhabene wecken, mit der Fürsorge des politischen Zensors würden wir nichts erreichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0002

In einigen Anträgen an den Parteitag wird von den Genossen gefordert, daß wir gegen den Wehretat stimmen. Da wir bei der Gesamtabstimmung über den Etat in diesem Jahre den Etat ablehnten, wäre die Frage nicht aktuell. Betonen will ich, daß eine besondere Abstimmung über den Wehretat nicht stattfindet, daß wir aber unser Mißtrauen gegenüber dem Reichswehrminister Geßler deutlich zum Ausdruck gegeben haben. Ausdrücklich will ich betonen: Es wird sich ganz nach der politischen Konstellation richten, ob wir den Etat ablehnen oder annehmen, ebensowenig können wir jede Position des Wehretats ablehnen, denn in unserem Programm wird ausdrücklich gefordert, daß die Reichswehr als Stütze des republikanischen Staatswesens ausgebildet werden soll.

Kurz vor der jetzt erfolgten Vertagung des Reichstages ist noch die Verlängerung des Schutzgesetzes für die Republik zur Verabschiedung gekommen. Die Erledigung dieser Frage gestaltete sich zu einer Kraftprobe für den Bürgerblock, denn ohne die Zustimmung der Deutschnationalen war die Verlängerung nicht zu erreichen. Treu ihrer politischen Einstellung hielten sie die Teilnahme am Ministerium fest unter Preisgabe ihrer monarchischen Einstellung.

So schließt mein Bericht über die parlamentarische Tätigkeit mit der Versicherung, daß auch bei den kommenden politischen Kämpfen gegen den Bürgerblock mit der gleichen Entschiedenheit wie bisher die Fraktion die Interessen der minderbemittelten Volksschichten wahrnehmen wird. (Lebh. Beifall).

Debatte zum Fraktionsbericht.

In der Diskussion begründet zunächst

Heinrich Schulz

im Namen des Parteivorstandes die Anträge 190 und 198 zum Schulwesen. Die erste Resolution ist das Ergebnis der Beratungen einer Reihe von Sachverständigen mit dem Parteivorstand über die weltliche Schule. Diese Erklärung war notwendig im Hinblick auf das zu erwartende Reichsschulgesetz, dessen Abwehr die volle Bereitschaft der Partei verlangt. Die weltliche Schule kämpft seit Jahren einen schweren Kampf. Sie ist zwar seit 1919 in der Verfassung anerkannt, aber es fehlt ihr noch die zugesagte gesetzliche Grundlage.

Auf dem Wege der von uns verlangten Weltlichkeit des gesamten Schulwesens sind die jetzigen weltlichen Schulen eine Etappe. Der Widerstand gegen sie aus den Kreisen der Anhänger der Simultanschule ist unberechtigt. Die Simultanschulen sollen dort erhalten und unterstützt werden, wo sie sich bewährt haben und wo weltliche Schulen keine Aussicht auf Einführung haben. Aber die Simultanschule ist die Schule des Liberalismus und kann nicht unser Endziel sein. Die Bekenntnisschule ist die Schule des Zentrums und der evangelischen Reaktionäre. **Die weltliche Schule ist die Schule der Arbeiterschaft, die Schule des Sozialismus.** Jeder Verschlechterung der Verfassungsbestimmungen im Schulwesen wird mit aller Schärfe entgegengetreten werden, nicht aus kulturkämpferischen Gelüsten, sondern um einen Kulturkampf zu vermeiden.

Jedes Konkordat, also jede Vereinbarung des Staates mit der Kurie lehnen wir ab. (Bravo).

Dr. Kurt Rosenfeld

begründet die im Einvernehmen mit dem Parteivorstand eingebrachte Resolution Rosenfeld-Eckstein zum Entwurf des neuen Strafgesetzbuches. „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort". Dieses Wort gilt besonders für das Strafgesetzbuch von 1871, das immer noch gilt. Seit jeher hat die Sozialdemokratie auf eine gründliche Reform gedrängt. Gerade die Sozialdemokratie muß jeden Versuch der Reform des Strafgesetzbuches begrüßen, auf Grund dessen die Vorkämpfer im Befreiungskampf der Arbeiter in Gefängnis und Zuchthaus gesetzt worden sind. Das geltende Strafgesetzbuch beruht auf dem Grundsatz der gerechten Vergeltung. Aber die Reichskriminalstatistik hat bald bewiesen, daß dabei die Straffälligkeit der Jugendlichen und der Rückfallverbrecher gestiegen ist.

Für uns Sozialdemokraten war es von vornherein selbstverständlich, daß Gefängnis und Zuchthaus allein keinen Menschen bessern kann. Im Gegenteil hat sich gezeigt, daß die erstmals Verurteilten die Strafanstalt oft nicht verbessert, sondern verschlechtert verließen. (Sehr wahr!) Es wurde unabweisbar, die Gründe des Verbrechens zu erforschen und die Strafe so festzusetzen und zu vollziehen, daß sie die weitere Entwicklung des Täters günstig beeinflußten. Der Gedanke der Erziehung des Rechtsbrechers, seiner Behandlung und seiner Sicherung treten in den Vordergrund.

Wir verkennen auch nicht, daß der vorliegende Gesetzentwurf einen wichtigen Fortschritt mit sich bringt. Aber sein Kernstück ist die ungeheure Erweiterung des freien richterlichen Ermessens. Auch das ist ein Gedanke, den wir durchaus nicht grundsätzlich ablehnen. Es ist richtig, daß bisher der Richter vielfach gegen seine Ueberzeugung gehindert war, die Motive der Tat und die Ursachen der Tat voll zu würdigen. Aber wenn in Zukunft der Strafrichter nicht nur beweisen soll, was bestraft wird, sondern im weiten Umfange darüber hinaus, was überhaupt strafbar ist, so widerstrebt das doch der Rechtssicherheit des Staatsbürgers, dessen Magna Charta das Strafgesetz sein muß.

Nach dem neuen Entwurf kann in besonders leichten Fällen bis zu 3 Mark Geldstrafe heruntergegangen werden. Aber auf der anderen Seite kann jeder Gewohnheitsverbrecher in Sicherheitshaft genommen werden, die von drei zu drei Jahren bis zur Lebenslänglichkeit verlängert werden kann. Die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter kann neben jeder Gefängnisstrafe von drei Monaten ausgesprochen werden.

Die Vertrauenskrise gegenüber der Justiz

ist selbst vom Minister anerkannt, und man weiß, warum das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den deutschen Richtern schwer erschüttert ist. Darum wäre das freie richterliche Ermessen bei uns nur annehmbar als Freiheit zur größeren Milde. Aber auch hier bringt es schon die Gefahr ungleicher Rechtsanwendung mit sich. Die außergewöhnlichen Milderungsbestimmungen könnten nach freiem richterlichen Ermessen vorwiegend Monarchisten und Reaktionären vorbehalten bleiben. (Sehr wahr!)

Der jetzt vorliegende Reichsratsentwurf ist noch schlechter als der Regierungsentwurf von 1924, der schon schlechter war als der erste Entwurf Radbruchs von 1922. Radbruch hat selbst mit vollem Recht geglaubt, daß die Zerstörung nicht nur bei Einzelheiten stehengeblieben sei, sondern den geistigen Kern des Entwurfs erfaßt habe.

An der Todesstrafe mußte die Verständigung mit Oesterreich über das Strafgesetzbuch scheitern. Die Zuchthausstrafe bleibt beibehalten. Beibehalten bleibt auch die soziale Umwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafen, auch wenn der Verurteilte sie ohne eigene Schuld nicht zahlen kann. Die Beseitigung der Geldstrafe ist im neuen Entwurf aber eingeschränkt. Der bedingte Straferlaß nur bei Gefängnisstrafen nur bis zu 6 Monaten zugelassen. Die Strafe der Einschließung soll nur den Kindern zuteil werden, die aus „achtenswerten Motiven" handelten. Was wird unseren Richtern als achtenswert erscheinen? (Zuruf: Nur Büsching!) Dem Mißbrauch des Reichsgerichts mit den Hoch- und Landesverratsparagraphen bleibt Tür und Tor geöffnet.

Die Strafrechtsprobleme sind politische Probleme, unser Kampf um das Strafrecht ist ein Teil des Kampfes um die politische Macht. Darum werden wir auch in diesem Kampf um das Strafrecht unsere ganze Kraft einsetzen müssen. (Lebhafter Beifall).

Wimmer-München: In der Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot sind wir leider noch nicht sehr weit gekommen. Vielfach besteht keine Wohnungsnot, aber ein großes Wohnungselend infolge der Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Es muß durch Reichsgesetz festgelegt werden, daß die Erträgnisse aus der Mietzinssteuer mehr für die Beseitigung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Löwenstein-Berlin: Wir müssen nicht nur jedes Schulkonkordat, sondern

alle Konkordate ablehnen.

Was notwendig ist, beweisen die Verhandlungen des kürzlich stattgefundenen preußischen Zentrumstages. Dort hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Lingeborn als Referent erklärt, die materiellen Verpflichtungen des preußischen Staates gegenüber der katholischen Kirche seien nicht verjährt, noch habe die Kirche jemals darauf Verzicht geleistet. Auf Grund von Verträgen aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts habe die katholische Kirche

eine Abfindung in Höhe von einer Milliarde vom Staate verlangt.

Darum darf der Parteitag an der Behandlung dieser Frage nicht vorbeigehen.

Konkordate sind unbefristet dauernde Abmachungen und können ohne Willen der Kurie nicht geändert werden. Das bedeutet eine Preisgabe der Hoheitsrechte des Staates. Die Schulfrage darf nicht durch Konkordat, sondern muß gesetzlich geregelt werden. Darum Hände weg von jedem Konkordat! (Lebhafte Zustimmung).

Luise Schröder: Ich möchte eine Frage anschneiden, die von den Genossen noch nicht richtig gewürdigt und agitatorisch ausgebeutet wird. Das ist

die soziale Lage der Landarbeiter,

dieser Parias in der Sozialpolitik, und insbesondere die Ausbeutung der Frauen und Kinder auf dem Lande. Es ist ein geradezu tragisches Dokument, wenn der Reichsinnenminister in seiner letzten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande feststellen muß, daß die Tuberkulose und Rachitis dort eine ebenso große Rolle spielen wie in der Stadt.

Weiter zu berücksichtigen ist die ungeheure Ausdehnung der Ausbeutung der Frauen und Kinder auf dem Lande. Früh um 4 Uhr müssen die Kinder aufs Feld und kommen dann müde und abgehetzt in die Schule, so daß sich die Lehrer oft scheuen, die in der Schule einschlafenden Kinder zu wecken.

Heute sehen wir die Landflucht aller diejenigen, die als Kinder auf diese Art ausgebeutet worden sind und die sich aus diesen Verhältnissen heraussehnen. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, daß die besten vom Lande weggehen, um ihren Kindern das Los zu ersparen, das sie selbst erlebt haben. Das neue Arbeitsschutzgesetz nimmt auch wieder keine Rücksicht auf die ländlichen Kinder. **Also wir müssen alles tun, um die Landarbeiter dazu zu bringen, für den Schutz ihrer Kinder zu wirken.**

Adam-Hamburg: Die Zentrumspartei hat den Pakt mit den Deutschnationalen nur im Hinblick auf das Schulgesetz und das Konkordat beschlossen. Gegen die drohende Schulreaktion muß das Proletariat einheitlich Stellung nehmen. Wir dürfen uns da nichts abmarkten und abhandeln lassen. Wir denken an keinen neuen Kulturkampf, aber ich halte es doch für richtig, daß wir die Ablehnung jedes Konkordats scharf aussprechen. Außerordentlich bedenklich erscheint uns auch das Berufsschulbildungsgesetz. Es fehlen darin die Angehörigen der Landwirtschaft, es fehlt die obligatorische Fortbildungsschule, es fehlt das Verbot des Lohnabzugs. Die Durchführung des Gesetzes wird den bestehenden Kammern übertragen, anstatt staatlichen Institutionen, die wir wünschen. Die entscheidende Frage ist, wie wir die Massen zum Kampf für die Freiheit der Schule anregen.

Donnerstags-Sitzung.

Kiel, 26. Mai.

Die Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion wird fortgesetzt.

Mollmann-Schwerin: Ein Antrag spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus für ihre Stellungnahme zum § 35 des Finanzausgleiches. Durch die jetzige Reichssteuergesetzgebung sind aber den Großgrundbesitzern in Mecklenburg vier Millionen Mark geschenkt worden, die sie 1924 bereits gezahlt hatten. 80 Prozent unserer Großgrundbesitzer zahlt heute keine Reichseinkommensteuer. Wenn das vorgesehene Gesetz für die Realsteuern im Reich durchkommt, werden wir in Mecklenburg in einem Jahr mehr an Steuern verlieren, als uns die ganze Enteignung des Großherzogs eingebracht hätte. Die Steuernfragen sind für uns wichtiger wie die ganze Enteignungsfrage. (Sehr richtig!)

Zilz-Breslau: Das Stück Klassenjustiz, das sich hinter dem Namen Max Hölz verbirgt, muß baldigst beseitigt werden. (Zuruf: „Wir haben Wichtigeres zu tun!").

Schlichting-Regensburg schildert die Gefahr der Uebertragung des bayerischen Konkordats auf das Reich. Bei der Anstellung von Lehrern finden in Bayern Gewissenserforschungen statt.

Die Debatte wird geschlossen.

Systematische Verteilung der Hauszinssteuer.

In Berlin waren die Landeshauptleute der 12 preußischen Provinzen zur Landesdirektoren-Konferenz zusammengetreten. Sie haben sich unter anderem auch mit der Wohnungsfrage beschäftigt und zwar hat die Konferenz hierzu eine Eingabe an das preußische Wohlfahrtsministerium gerichtet, in der zunächst eine systematische Neuregelung der Verteilung der Hauszinssteuermittel verlangt wird, da die bisherige Verteilung der Steuermittel das weitere Anwachsen der Großstädte in einem vom wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Standpunkt nicht gerechtfertigten Umfang begünstigte. In der Entschließung heißt es weiter, daß ein Anwachsen der Großstädte nach Möglichkeit zu vermeiden und eine Auflockerung der Großstädte und Industriezentren anzustreben sei. Zu diesem Zwecke müsse eine organische Verbindung der Befriedigung des ländlichen, halbländlichen und städtischen Siedlungs- und Wohnungsbedarfs erreicht werden. Die Lösung dieser Aufgabe könne nur von einer übergemeindlichen Stelle geleistet werden, der ein Teil der neu anfallenden Hauszinssteuermittel und der Rückflüsse zur Verteilung übergeben werden müsse. Die berufene Stelle für die Verteilung der übergemeindlichen Mittel sei provinzielle Selbstverwaltung, die diese Aufgabe entweder durch die provinziellen Wohnungsfürsorge-Gesellschaften oder durch einen besonderen Ausschuß durchzuführen habe, der aus Vertretern des Provinzialausschusses, der Stadt- und Landkreise und der Wirtschaft unter Zuziehung der Staatsregierung zu bilden wäre.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Wichtig für Kranke!

Rechtzeitig vorbeugen!

Verlangen Sie sofort in den Verkaufsstellen oder direkt von uns die kostenlosen und interessanten aufklärenden Druckschriften über die erfolgreichen, ärztlich empfohlenen Kräuterkuren mit den bekannten und bewährten

Nur diese Packung

bürgt für Echtheit

Waldflora-Spezialitäten.

Auserlesene, giftfreie Pflanzenbestandteile. Nicht als Tee, sondern in Form von aufgeschlossenen Pflanzenpulvern einzunehmen. Dabei bleiben wirksame Stoffe erhalten, die sonst durch das Kochen abgeschwächt und vernichtet werden, und daraus erklärt sich die bessere Wirkung.

Die verschiedenen Waldflora-Spezialitäten von Nr. 0 bis Nr. 11 finden Anwendung bei: *Gicht, Reißen, Rheuma, Adernverkalkung, Ischias, Fettleibigkeit, Entzündungen, Pickeln, Geschwüren, Neigung zu Eiterungen, Hautausschlag, offene Beine, Kopfschmerzen, Energielosigkeit, Blutreinigung, Zucker-, Blasen-, Nieren-, Lungen-, Stein-, Magen-, Darm-, Nerven- und Stahl-Leiden.*

Verkauf in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern.
Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

Zu haben
Kaiser-Apotheke. Drog. Carl Baudorff Nachf., Inh. Gustav Himmelreich Engel-Drogerie, Breiteweg 46. Drogenhandlung Otto Henicke, Bakenstr. 9 Drogerie Carl Schilling Martiniplan 16 am Dom. Drogerie E. Kamm, Hoheweg 48. Löwen-Drogerie. Reformhaus Gesundheit, M. Römer, Domplatz 11.

Vertreter: Paul Glass, Leipzig, Brüderstr. 19. Telephon 10057.

Zum Charlestone ....

können Sie gewöhnliche Chevreau-Lederschuhe tragen, wenn Sie dieselben mit **Nigrin** und dem Nigrin-Poliertuch geputzt haben. Sie werden allgemeine Bewunderung erregen, denn:

Nigrin glänzt wie Lack!

Drucksachen für Handel, und Gewerbe, Vereine Behörden u. jeden anderen Bedarf liefert billigst die Buchdruckerei des „Halberstädter Tageblatt".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0003

Besucht die **Grosse Ausstellung in Halberstadt**

für Hotel- und Gastwirtsfach, Volksernährung, sowie verwandte Gewerbe

vom 28. Mai bis einschl. 6. Juni 1927, auf dem Gelände des Stadtparkes -/- Lehrreich und interessant für jedermann

Ruhbergs Gesellschaftshaus

Sonntag nachmittag 5 Uhr
Treff aller Skatspieler

Großer reeller Preis-Skat

Einsatz 2 Mark

Der ganze Einsatz kommt zur Verteilung

Spezialität: **Bratfische**

Betten? Möbel?

kauft direkt im Fabriklager, wer viel Geld sparen will!

Metallbetten weiß und schwarz, mit gutem Zugfederboden von **19.00** an

Holzbetten in Eiche, Birke, Nußbaum, weiß lackiert von **25.00** an

Kinderbetten, Holz und Metall . . . . . von **19.00** Mk. an
Auflagematratzen von **13.00** Mk. an
Stahldrahtmatratzen v. **12.00** Mk. an
jedes Maß wird angefertigt:
Chaiselongues . . von **35.00** Mk. an
Sofas . . . . . von **75.00** Mk. an
Plüsch-Sofas . . von **125.00** Mk. an
Federbetten (7 Pfd. Fd.) v. **27.00** Mk. an
Reformunterbetten v. **18.00** Mk. an
Schränke, 2 türig . von **65.00** Mk. an
Küchen, 7 teil. Kiefl. ack. v. **110.00** Mk. an
Wäscheschränke, Waschkommod., Nachtschränke, Tische, Stühle alles sehr billig.

Bequeme Teilzahlung!
10% Rabatt bei Barzahlung!

Möbel-Fabriklager:

Gustav Behrens, Halberstadt
Hoheweg 47

Unsere **schicken Fassons**
unsere **unerreichte Billigkeit**
unsere **enorme Auswahl**
unsere **unübertroffene Leistungsfähigkeit**

haben zur Folge, daß sich unser Kundenkreis täglich vergrößert und wir bereits solche Kunden zu unseren ständigen zufriedenen Abnehmern zählen, die früher ein gewisses Vorurteil gegen fertige Konfektion hatten.

Es liegt aber auch ein Unterschied

zwischen Fabrik-Konfektion und unserer gediegenen Selbst-Herstellung, aus welcher wir besonders empfehlen

Gabardin-Anzüge
42.00 52.00 69.00 75.00 bis **125.00** Mk.

Gabardin-Mäntel
45.00 56.00 65.00 72.00 bis **120.00** Mk.

J. REICHENBACH

Das führende Haus für Herren- und Knaben-Kleidung

Von Freitag **KL** bis Montag

Heute Treffpunkt in den **Kammer-Lichtspielen** zu dem lustigsten aller Militär-Filme:

Die Annemarie und ihr Ulan

Heitere Episoden aus dem aktiv. Soldatenleben, vom Militärdienst und von der Liebe, von allem Möglichen und Unmöglichen in 7 Akten.

Der Film der groß. deutsch. Besetzung:
Colette Brettel - - - Ellen Piessow
Manja Tzatschowa - - - - Evi Eva
Henry Bender - - - Hermann Picha
Carl Gerron - Siegfried Arno
Karl Harbacher
Paul Samson-Körner
Gerhard Ritterband

Als schneidige Offiziere sehen wir:
Carl Auen - - - - Hans Junkermann
Julius Falkenstein

Wahre Beifallsstürme entfesseln die beiden Hauptdarsteller:
Hanne Brinkmann als Köchin Annemarie
Paul Westermeyer der lange Ulan

FERNER:

Blitz, der neue Hundestar

Der neue Rin-tin-tin — Der neue Rin-tin-tin

„Blitz"
der vierbeinige Lebensretter
6 Akte 6 Akte

Die Geschichte eines deutschen Schäferhundes, der im Weltkrieg viele deutsche Soldaten das Leben rettete, als Sanitätshund, aber später in Gefangenschaft kam und mit nach Missoris genommen wurde, doch seine neuen Herren dankten ihm seine Treue schlecht. — Das weitere zeigt der Film.

Anfang Wochentags 4½ Uhr
Anfang Sonntags 3 Uhr

Achtung! Achtung!
Radfahrer!

Empfehle zur Saison **erstklassige**

„Frisch Auf"-Fahrräder

in allen Preislagen und Zahlungserleichterung.

Ersatzteile, prima Bereifungen, Laternen, Emaillierungen sowie Vernickelungen alter Fahrräder von 25 Mk. an. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt unter billiger Berechnung

Otto Müller, Beckerstr. 3.

Behandlung v. Krankheiten

besonders veraltete Fälle

Agathe Dedek, Halberstadt,
Walter Rathenaustraße 43
Sprechzeit jeden Donnerstag von 9—3 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein, Halberstadt.

Sonnabend, den 28. Mai 1927, abends 8 Uhr im „Odeum"

Einweihungs-Feier

mit Ehrung der Bezirksmeister des Vereins unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sängerbund" und Theaterverein „Freie Volksbühne".

Gäste durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen. **Der Fest-Ausschuß.**

Partei-Literatur jeder Art zu haben im Halberstädter Tageblatt.

Achtung! Achtung!
Großer billiger
Fleischverkauf
fette Ware.

Rindfleisch zum Kochen	Pfd. 0.80 Mk.
Schmorfleisch	Pfd. 0.90 Mk.
Rouladen	Pfd. 1.10 Mk.
Gulasch, schier	Pfd. 0.80 Mk.
Gehacktes Rindfleisch	Pfd. 0.80 Mk.
Gehacktes Schweinefleisch . . .	Pfd. 1.00 Mk.
Schmorwurst	Pfd. 1.00 Mk.
Würstchen	Pfd. 0.80 Mk.

Wilh. Hoffmeister

Paulsstraße 5. Telephon 2659.
Vorrat bis zum Schluß.

Aus Wernigerode

Bekanntmachung.

Auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 (RGBl. I S. 754) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers auf Grund der Ermächtigung des Herrn Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 15. Oktober 1920 — II. 6 Nr. 4027a — und vom 25. November 1924 — II. 7 Nr. 1482 — für die Stadt Wernigerode eine Wohnungsmangelverordnung vom 30. März 1927 angeordnet. Sie tritt mit dem Tage der Veröffentlichung an den bekannten Aushangstellen in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt tritt die Verordnung vom 2. Januar 1925 und 1. Februar 1925 außer Kraft.

Wernigerode, den 25. Mai 1927.

Der Magistrat. Dr. Gevel.

Bettstellen

in Holz und Metall in jeder Preislage, Schlafzimmer, Küchen, Divans, Chaiselongues Federbetten kaufen Sie bei ⅓ Anzahlung und bequemen Teilzahlungen nur im

Bettenhaus Otto
N., Kaiserstraße 62.

Freibank

Sonnabend von 9—1 Uhr
1 gr. Posten Fleisch

Zickelfelle

kauft zu den **höchsten Preisen**
Gerlach,
Hinterstr. 40.

„FINDEISEN"

Feine
Damen-, Herren- und **Kinder-Schuhe**

in Rahmenarbeit u. Ago bis zu dem kräft. Arbeitsstiefel

Schuhhaus Findeisen
Wernigerode, Burgstrasse 13

Nicht in Sonder-Angeboten sondern fortwährend

erhalten Sie Qualitäts-Emaille jeder Art zu billigsten Preisen

z. B. **Schmortöpfe** 16 18 20 22 24 26 cm
65 1.10 1.30 1.55 1.85 2.15 Mk.

Prüfen Sie selbst Preise und Qualitäten

Richard Rößler, Breitestraße 29

Nur Freitag bis Montag
Wochentags 7 Sonntags 6
Täglich letzte Vorstellung ½9

Schloß-Lichtspiele

Der größte Raubtier-Sensat.-Film
Maciste unter den Löwen

Die große Zirkus-Katatrophe

In der Hauptrolle:
Bartolomeo Pagano als der Löwen-Jäger „Maciste"
Im Beiprogramm:

„ER" Harald Lloyd „ als Soldat „ als Klavierspieler

Was viele noch nicht wissen
Drittes Kabinett
Deulig-Wochenschau

Drucksachen liefert schnell **Harzer Volksstimme**

Opel-Fahrräder

größte Produktion der Welt, daher **billigste Preise bei bester Qualität.**

Herrenrad mit Torpedo-Freilauf und la Gummi von 95.00 Mk. an.

Billigste Fahrräder mit Freilauf von 75.00 Mk. an.

Teilzahlung gestattet.

Fahrrad-Gummi

Decken von 3.50 Mk., Schläuche von 1.50 Mk. an

Heinr. Schneider

Burgstraße 20 Fernruf 883
Reparaturwerkstatt für sämtl. Fabrikate.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 123. Sonnabend, 28. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 27. Mai.

— **SPD.-Gruppe Hasserode.** Ein größerer Mitgliederkreis der SPD. wünscht den Zusammenschluß aller Hasseröder Parteigenossen zu einer eigenen Gruppe. In dieser sollen alle kommunalen Wünsche, nicht zuletzt der Steinindustrie, verhandelt werden. Am Sonnabend, den 28. Mai, abends 8½ Uhr findet zu diesem Zweck eine Zusammenkunft aller Hasseröder Parteigenossen im Hofjäger statt. Alle Parteigenossen müssen erscheinen.

— **Himmelfahrtstag.** Wenn im vergangenen Jahre die Witterung so war, daß man in Sommerkleidung sich im Freien aufhalten konnte, so war das in diesem Jahre insolge der ungünstigen Witterung ausgeschlossen, sich etwa zum Frühkonzert in Christianental zu begeben. Die Kälte und der Regen ließen es nicht zu, das Konzert abzuhalten. Auch das Promenadenkonzert um 11 Uhr war demselben Schicksal unterworfen. Das Gartenkonzert im Monopol am Abend fand deshalb im Saal statt. Die Kapelle Ostermeyer verstand mit großem Geschick, den Beifall der Anwesenden zu steigern. Die Kapelle bietet unter der Leitung des in seiner Musik vollständig aufgehenden Kapellmeisters wirklichGlänzendes. EinLanz beschloß die Veranstaltung.

— **Der Reichsarbeitersporttag.** Für den 3. Juli ist der Reichsarbeitersporttag in Wernigerode festgesetzt, was alle Organisationen sich vermerken wollen, damit eine einheitliche Veranstaltung zu Stande kommt. Wir erwarten von allen Vereinen, daß sie diesen Sonntag für den Sporttag freihalten.

— **Macifte unter den Löwen.** Die große Zirkuskatastrophe wird ab heute Freitag bis Montag alle Besucher der Schloßlichtspiele vom ersten bis zum letzten Bild alle Besucher in Spannung halten. Einer der spannendsten und vielseitigsten Filme der Macifte-Fabrikation, die längst als einer der besten Sensations-Filmproduktionen Europas gilt. Der herkulische Holzarbeiter Pagano aus Mailand ist auf Grund seiner ungewöhnlichen Körperkräfte zum Filmstar avanciert, als solcher vorzüglich bewährt. Seine einfache Art des Auftretens, sein zwar nicht mimisch wandlungsfähiges, aber dennoch markantes Gesicht, machten ihm zu einem Darsteller, der über die Aufgaben großer Kraftprotzereien weit hinauswuchs. Auf manuskripttechnisch gewandte Art ist eine Liebesgeschichte verwandt, um großen und kühn erdachten Sensationen zum handlungsmäßigen Fundament zu dienen. Das Milieu ist das eines großen Varietees und seiner „internen" Intrigen; Haupthandelnde sind ein junges Halbblutmädchen und der Sohn des Zirkusdirektors, Macifte und sein Widerpart, ein herkulischer Athlet, mit dem er einen aufregenden Zweikampf auszufechten hat. Regie- und photographie-technisch ist besonders die Szene mit den ausbrechenden Löwen hervorzuheben, die wirklich frappant gemacht ist. Das Ganze ist eine überaus spannende und wirksame Publikumskost. Im Beiprogramm werden 2 Grotesken mit Harald Lloyd „Er- als Soldat" und „Er- als Klavierspieler" gezeigt, ein Kulturfilm „Was viele nicht wissen", 3. Kabinett, viele in Verwunderung setzen. Die Deulig-Woche fehlt nicht im Programm. Die Spielzeiten sind Wochentags 7 Uhr — Sonntag 6 Uhr. — Die täglich letzte Vorstellung wie immer 8.30 Uhr. — Eine Verlängerung des überaus hinreißenden und spannenden Programms kann nicht stattfinden.

* **Der Verbrauch an zollfreiem Gefrierfleisch in preuß. Städten.** Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht soeben eine Uebersicht aus 55 preußischen Städten über den Verbrauch an zollfreiem Gefrierfleisch im 1. Vierteljahr 1927. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst den Mitteilungen entnimmt, hatte die Stadt Berlin einen Gefrierfleischverbrauch von 5 024 850.46 kg, was einem durchschnittlichen Verbrauch von 1,212 auf den Kopf der Bevölkerung gegen 1,239 kg im 1. Vierteljahr 1926 entspricht. In Königsberg betief sich der Gesamtverbrauch auf 36 381 oder 0,129 kg auf den Kopf der Bevölkerung gegen 0,065 im Vergleichsvierteljahr 1926. Die Stadt Recklinghausen zeigte gegenüber 1926 eine Zunahme von 1,923 auf 2,231 kg auf den Kopf der Bevölkerung, während in Wiesbaden der Gefrierfleischverbrauch von 1,210 auf 0,754 und in Aachen von 3,121 auf 2,781 kg pro Kopf der Bevölkerung zurückging.

* **Ein neues Kartenwerk für Rad- und Autofahrer.** In dem bekannten Kartenverlag Mittelbach in Leipzig erscheint soeben ein neues großes Kartenwerk für Rad- und Autofahrer in 1:200 000 zu einem außerordentlich niedrigen Preise; kosten doch die schönen großen, in vielen Farben gedruckten, dabei sehr genauen Blätter nur je 1.—. Fertig sind bereits die 8 Blätter von Mecklenburg, Vorpommern, Brandenburg, (Abtlg. II: Blatt Stralsund, Usedom, Ludwigslust, Neustrelitz, Stettin, Stendal, Berlin West, Berlin Ost) und die 8 Blätter von Provinz Sachsen, Freistaat Sachsen, Thüringen und Oberfranken, (Abtlg. VII: Blatt Magdeburg, Wittenberg, Cottbus, Weimar, Leipzig, Dresden, Hof, Annaberg). Auch für unsere Stadt ist die Karte also sehr wichtig. Sie sei allen Auto- und Radfahrern bestens empfohlen. Zu beziehen ist sie durch jede Buchhandlung oder direkt von Mittelbach's Verlag, Leipzig C 1, Pfaffendorfer Straße 2.

Aus Halberstadt.

— **Diebstähle.** Am Mittwoch vormittag zwischen 10 und 11 Uhr ist vom hiesigen Güterbahnhof ein für kurze Zeit dort aufgestelltes Fahrrad gestohlen worden. Das Rad, Marke „Deutschland" Nr. 25 111, hat gelbe Felgen und rote Mäntel. — Das vor einigen Tagen auf dem hiesigen Schlachthof gestohlene Fahrrad konnte wieder herbeigeschafft werden. Der Täter, ein hier vorübergehend beschäftigt gewesener junger Mann, hat das Rad in Groß-Quenstedt zurückgelassen, als er dort ein anderes Rad stahl. Auch dieses Rad konnte ihm wieder abgenommen werden.

* **Pfingstverkehr.** Die Deutsche Reichspost bittet, mit der Versendung der Pfingstpakete möglichst frühzeitig zu beginnen, damit Anhäufungen in den letzten Tagen vor dem Fest vermieden werden, die Verzögerungen zur Folge haben können. Es empfiehlt sich, die Pakete gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort unter näherer Bezeichnung der Lage besonders deutlich niederzuschreiben. Ferner darf nicht unterlassen werden, auf dem Paket die vollständige Anschrift des Absenders, auch Hausnummer, Gebäudeteil und Stockwerk, anzugeben sowie in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen.

* **Wehrstedt, Harsleben und Kleinquenstedt in das Ortsnetz einbezogen.** Nach der am 1. Mai in Kraft getretenen neuen Fernsprechordnung sind alle öffentlichen Sprechstellen, die im Anschlußbereich einer Vermittlungsstelle liegen, in das Ortsnetz dergestalt einbezogen, daß diese öffentlichen Sprechstellen ihren Sprechverkehr untereinander und mit den an die Vermittlungsstelle ihres Ortsnetzes angeschlossenen Teilnehmern gegen die Ortsgesprächsgebühr abwickeln können. Die Auswirkung dieser Bestimmung bringt auch für das Ortsnetz Halberstadt eine Aenderung inbezug auf die Anschaltung der bisher selbständigen öffentlichen Sprechstellen Wehrstedt, Harsleben und Klein-Quenstedt. Diese öffentlichen Sprechstellen werden am 1. Juni wie Teilnehmerstellen an das Selbstanschlußamt herangeführt und erhalten folgende Rufnummern: **Wehrstedt 2984, Harsleben 2985 und Klein-Quenstedt 2986.** Alle Teilnehmer des Ortsnetzes Halberstadt können mithin vom 1. Juni ab mit den genannten öffentlichen Sprechstellen unmittelbar in Verkehr treten. Bei Gesprächen, zu denen eine bestimmte Person herbeigerufen oder deren Inhalt in Form kurzer Nachrichten an andere Personen durch den Inhaber der öffentlichen Sprechstelle weitergegeben werden soll, sind die Anschlußnummer und der Name des Anmeldenden anzugeben.

* **Rundfunkübertragung der 1000 Jahrfeier Nordhausens.** Der Festakt der Jahrtausendfeier der Stadt Nordhausens am Sonnabend, den 28. Mai d. Js., wird vormittags von 11—12 Uhr durch die Mirag übertragen. Damit hat ganz Mitteldeutschland Gelegenheit, dieses für unsere engere Heimat so bedeutungsvolle Ereignis mitzuerleben und mit zu feiern.

* **In der Hauptversammlung der Ortsgruppe der Bodenreformer** erstattete der 1. Vorsitzende Bericht über den diesjährigen Bundestag in Schwerin. Da die Hauptvorträge fast alle im Druck erscheinen werden, konnte sich der Berichterstatter auf die Wiedergabe der rein geschäftlichen Verhandlungen und die Darstellung der Gesamteindrücke der Tagung beschränken. Es waren auf dem am 18. bis 20. 4. 27 abgehaltenen Bundestage rund 400 auswärtige Vertreter und Gäste anwesend, besonders stark vertreten waren die süddeutschen Länder, Schlesien und die Rheinprovinz, auch Danzig. Die Ansprachen der einheimischen Gastgeber (Regierung, Oberbürgermeister von Schwerin und Landeskirche) fielen durch ihre außergewöhnliche Herzlichkeit besonders angenehm auf. Als einer der ältesten Anhänger des Bundes fand der bekannte Soziologe der Kieler Universität, Professor Dr. Tönnies, sehr ernste Worte der Mahnung an alle, die es ehrlich mit dem ganzen Volke zu meinen glauben, doch endlich den vielen schönen Worten bei der Behandlung bodenreformerischer Fragen mannhafte Taten folgen zu lassen. Reichstagsabgeordnete der Volkspartei, demokratischen, der Zentrums- und sozialdemokratischen Partei betonten, daß trotz aller zweifellosen Erfolge noch große Aufklärungsarbeit zu leisten sei, wenn die unstreitig berechtigten Forderungen der Bodenreformer zum Segen von Volk und Staat durchgesetzt werden sollen. Starken Beifall fand u. a. die Wendung des Abg. Büll: Warum in aller Welt gerade Hausbesitzer, Handwerker und Gewerbetreibende sich gegen die Bodenreform stemmten; gerade ihnen kämen die Auswirkungen bodenreformerischer Gesetze vor allem zugute; dieser Kreise hätten sich auf das falsche Pferd gesetzt. Tiefste Wirkung löste auf dieser Tagung das Auftreten der Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen, der Kriegsteilnehmer, Kleingartenvereine, Mieter-, Angestellten- und Beamtenverbände aus, die mit seltener Einmütigkeit häufig in scharf betonter Verurteilung des wankelmütigen Verhaltens der Reichs- und Länderregierungen in bodenreformerischen Dingen, sich für die Bestrebungen des Bundes einsetzten. Wohl alle Teilnehmer an der Tagung hatten bei diesen Ausführungen den Eindruck, daß die jahrzehntelange, unausgesetzte Aufklärungsarbeit der Bodenreform endlich beginnt, Früchte zu tragen, wenn die markantesten Vertreter aus diesen Riesenorganisationen der Kopf- und Handarbeiter versichern, daß sie in ihren Reihen auf unbedingtes Zusammengehen mit der Bodenreform rechnen könnten und daß ohne Bodenreform für sie Organisationsarbeit nicht mehr denkbar sei. Für die ländliche Siedlungsarbeit setzten sich insbesondere ein der Reichstagsabg. Renner und der Vorsitzende der mecklenburgischen Landessynode, Dr. Schmalz. Die Lehrvorträge mannigfaltiger Art erfreuten sich durchweg auch bei der Schweriner Bevölkerung eines guten Besuchs, am meisten naturgemäß der Schlußvortrag Dr. Damaschke's über das „Erbpachtrecht in Mecklenburg", das zurzeit heftig umkämpft wird. Dringend und in glänzenden Ausführungen riet der Führer zur Beibehaltung dieser grundsätzlich vorzüglichen Rechtsform, einige ungeeigemäße gewordene Formen darin könnten durch kleine Gesetzesvorlagen schnell beseitigt werden. Notwendig sei aber auch für Mecklenburg, endlich eine gerechte Besteuerung des Grundbesitzes durchzuführen. Mit einer eindrucksvollen Warnung an die Mecklenburger Ritterschaft, nicht an alten unhaltbar

Die Jagd nach dem Glück.

Roman von Hans Schulze.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

XVI.

Dr. Hardt hatte Eva noch am späten Nachmittag angerufen und mit ihr für den Abend ein Rendezvous nach ihrem kleinen Stamm-Restaurant am Bayerischen Platz verabredet.

Es war tagsüber wieder sehr heiß und drückend gewesen, und eine schwüle Gewitterstimmung lag in der Luft.

Der Sommergarten des Lokals war noch ganz leer, nur im Innern hinter der großen Glasscheibe flüsterte in einer Ecke ein einsames Liebespaar, und die drei alten Musikanten auf der Estrade begannen ihre Instrumente zu stimmen.

Dr. Hardt schickte ihnen zu ihrer freudigen Ueberraschung ein paar Flaschen guten Mosels hinauf und besprach mit dem Kellner dann lange und liebevoll die Speisenfolge des Abendessens und die Auswahl der Weine für eine Pfirsichbowle.

Dann saß er noch eine Weile ganz still für sich, und diese halbe Stunde der Erwartung schien ihm die schönste des ganzen Tages.

Als die geschliffene Karaffe mit der Bowle im Eiskühler schaukelte, knirschte hinter ihm der Kies, und Eva trat in den roten Lichtkreis der Lampe.

„Es ist ein Wort von altersher!" sagte sie, neckend auf den Wein deutend.

Er sah ihr mit frohem Ausblick in die strahlenden Augen.

„Lasset uns trinken und fröhlich sein, denn morgen sind wir tot!"

Dann aßen sie einträchtig und andächtig, was ihnen die vorzügliche Küche des kleinen Lokals nur bieten konnte, Kalbsmilchpasteten und blaue Forellen, und nach der jungen Hamburger Gans den Schlager des Kochs, ein berauschendes Eis von eigener Erfindung mit warmer Schokoladentunke.

Dazu perlte der Wein in den Gläsern, und das Liebeslied der kleinen Miß Butterfly verströmte in schwermütigen Kantilenen.

„Sie verwöhnen mich wirklich ganz unverantwortlich!" sagte Eva, als der Kellner jetzt die Käseplatte abräumte und Aschbecher aufsetzte. „Das war ja schon beinahe ein kleines Hochzeitsessen!"

„Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus!" versetzte Dr. Hardt bedeutungsvoll und suchte den Blick ihrer Augen.

Doch Eva sah jetzt leise errötend zur Seite und spielte mit einem Brotkügelchen.

„Ich dachte wir wären hier zu einer wichtigen Beratung zusammengekommen.

Dr. Hardt nickte und begann sein Gesicht in ernste Falten zu legen, aber es wollte ihm doch nicht so recht gelingen.

„Weg mit den Grillen und Sorgen!" sagte er dann lustig und bot Eva Feuer für ihre Zigarette. „Wir wollen heute das Leben noch einmal genießen. Wer weiß, ob Herr Landgerichtsrat Korn uns beide morgen nicht auch noch verhaften läßt. Er ist ja augenblicklich gut im Zuge und empfing mich wie ein römischer Triumphator, als ich ihn heute vormittag auf dem Amt besuchte. Er hat Fräulein de l'Orme gestern mit einer kurzen Unterbredung bis in die späten Abendstunden hinein vernommen. Natürlich ist die Kleine dieser seelischen Tortur auf die Dauer nicht gewachsen gewesen und unter Schreikrämpfen zusammengebrochen, so daß sie noch in der Nacht auf die Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses verlegt werden mußte!"

„Wie ist das Gericht eigentlich hinter das Verhältnis dieser jungen Dame zu John Frank gekommen?"

„Das hat unser Freund Korn ganz geschickt angefangen. Er hat nämlich vor kurzem eine genaue Prüfung sämtlicher Banküberweisungen Browns aus dem letzten Halbjahr angeordnet, um festzustellen, ob irgendeine weibliche Person in dieser Zeit größere Zuwendungen von ihm erhalten hat. Natürlich ist ein so vorsichtiger, alter Fuchs wie Brown auf diese Weise nicht zu fangen gewesen, aber man entdeckte, daß während der Monate Mai und Juni die Erzeßforfitmgesellschaft mehrfach Summen von 100 000 bis 150 000 Mark erhalten hat. Daraus hat der Untersuchungsrichter dann mit bemerkenswertem Scharfsinn weiter gefolgert.

Der sofort vernommene Direktor der Gesellschaft gestand nämlich, in die Enge getrieben, nach langem Hin und Her endlich ein, daß die Beteiligung John Franks seinem Star, Fräulein de l'Orme, zu verdanken sei, und so kam der Stein allmählich ins Rollen. Fräulein de l'Orme wurde umgehend durch einen Kriminalbeamten nach Moabit beordert und leugnete in ihrer ersten Angst und Aufregung zunächst jede Beziehung zu Brown; was ihr durch das Zeugnis ihres eigenen Direktors natürlich im selben Augenblick schlagend widerlegt wurde. Den gleichen taktischen Fehler beging sie dann, als sie über ihren nächtlichen Besuch in der Villa befragt wurde; hier genügte eine Gegenüberstellung mit dem alten Martin, um sie wiederum sofort der Unaufrichtigkeit zu überführen. Damit aber hatte sie von vornherein jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit bei Gericht eingebüßt, und als sie sich endlich umumwunden zur Wahrheit bekannte und unter anderem auch die Heiratsabsichten Browns ins Feld führte, erzielte sie bei Herrn Korn lediglich einen Heiterkeitserfolg. Inzwischen hatte dieser nämlich durch seinen fieberhaft arbeitenden Beamtenapparat allerlei Material über ihre früheren Beziehungen zu Achim erhalten, und ist nun natürlich überzeugt, daß die beiden nach einem gemeinsamen Plane gehandelt haben, insofern, als Fräulein de l'Orme Herrn Brown im Terrassenzimmer beschäftigt hat, um ihrem finanziell völlig erledigten Freunde unterdes Gelegenheit zu geben, den Schreibtisch des Millionärs nach allen Regeln der Einbrecherkunst auszuräumen! Die Sache liegt für Achim sehr ernst!" schloß er nachdenklich. „Die Sensationspresse betrachtet ihn, wie Sie aus den heutigen Abendblättern entnehmen können, bereits als verloren. Während die Stellung der Oeffentlichkeit Fräulein de l'Orme gegenüber nicht ganz einheitlich ist, und man ihre Verhaftung vielfach nur als eine ungeheure Reklame ansieht!" —

Der Kellner trat in diesem Augenblick wieder an den Tisch und reichte den Mokka.

Dr. Hardt bat um die Rechnung und befahl ein Auto.

Vom Bayerischen Platz klingelten die elektrischen Bahnen undeutlich herüber.

Zuweilen fegte ein Windstoß durch den kleinen Restaurationsgarten, daß die Lampen hin und her schwankten und die Decken auf den Tischen aufwirbelten.

Dazwischen flatterten wild zerrissen die leidenschaftlichen Rhythmen einer ungarischen Rhapsodie. — —

„Daisy ist heute früh nach Groß-Rausen abgefahren", nahm jetzt Eva wieder das Wort, „ und hat mich gebeten, sobald wie möglich nachzukommen. Ich hoffe, schon morgen oder übermorgen ihren Wunsch erfüllen zu können, damit sie gerade in dieser kritischen Zeit eine befreundete Seele zur Seite hat".

„Wie steht sie jetzt eigentlich zu Achim?"

„Sie vermeidet jede Erwähnung seines Namens, aber sie beschäftigt sich innerlich offenbar noch sehr viel mit ihm. So sammelt sie sorgfältig sämtliche Pressenotizen über seinen Prozeß und hat sich auch, was früher ganz verpönt war, mehrere große Tageszeitungen nach Groß-Rausen herausbestellt!" —

Sie hatte bei den letzten Worten ihre Tasche aufgenommen und rüstete sich zum Aufbruch.

„Eine kleine Landsmännin von mir tritt heute abend in einem Nachtkabarett am Potsdamer Platz auf und hat mich gebeten, ihrem Debüt beizuwohnen und ihre Leistungen zu begutachten. Hätten Sie wohl Luft, Herr Doktor, mich dorthin zu begleiten?"

„Aber mit dem größten Vergnügen gnädige Frau! Sie wissen doch, daß Sie nur zu befehlen haben, und ich folge Ihnen bis ans Ende der Welt!"

— — — — — — — — — — — —

Als sie aus dem Restaurationsgarten traten, fielen bereits die ersten, schweren Tropfen, und ein leiser Donner vergrollte dumpf über die Weite des Bayerischen Platzes.

Dr. Hardt half Eva in das wartende Auto, und der rasche Wagen brachte sie durch den Tiergarten bis ans Ziel.

Die Kleinkunstbühne, auf der die junge Baltin auftreten sollte, lag am Eingang der Bellevuestraße, schräg gegenüber dem Esplanadehotel.

Ein breiter bunter Stoffbaldachin war bis zur Autoanfahrt auf die Straße vorgespannt.

Dann ging es durch einen Torweg über einen regennassen Gartenhof bis zu einem würfelförmigen Hintergebäude, dessen fensterlose Fassade von den Monden zweier Bogenlampen mit einem unruhig flimmernden Schneelicht übermalt wurde und in seiner ganzen Architektur noch seine ursprüngliche Zweckbestimmung als Autogarage unschwer erkennen ließ.

Dr. Hardt erstand zwei Logenplätze, und ein galonierter Diener geleitete sie zu einer kleinen Seitenloge unmittelbar neben der Bühne, die durch einen Goblinvorhang gegen den übrigen Zuschauerraum halb abgeschlossen war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0005

gewordenen Privilegien festzuhalten, um nicht dereinst vor ein schlimmes „Zu spät" gestellt zu sehen, wurde dieser Appell des bewährten Kämpfers zu einer großen Stunde für die ganze Tagung. — Auf die mit Beifall aufgenommene Wiedergabe der Bundesverhandlungen folgte Zuwahl für den Ortsgruppenvorstand; nach Erledigung einiger Geschäftsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

* **Die Eröffnung der „Großen Ausstellung für Hotel- und Gastwirtsfach etc."** findet programmäßig am Sonnabend, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr, statt. An der feierlichen Eröffnung werden die führenden Herren der Behörden, der Innungen und der Vereine des Handels und des Gewerbes anwesend sein. Die Ausstellung wird offiziell für das allgemeine Publikum mittags 1 Uhr freigegeben. In den letzten Tagen herrscht auf dem Gelände des Stadtparkes und in diesen Räumen ein äußerst reges Getriebe. Die Firmen arbeiten mit großem Eifer an dem Aufbau ihrer vielfach prunkvollen Stände. Garten-Frei-Konzerte sind bei günstiger Witterung vorgesehen und zwar findet das erste Konzert, ausgeführt von dem hiesigen Tonkünstler-Orchester, am Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 3½ Uhr statt. Des ferneren sind im Laufe der Woche weitere Konzerte vorgesehen, auch einige Militär-Konzerte werden veranstaltet. Wir möchten nicht versäumen, den Besuch der Veranstaltung jedermann zu empfehlen, da sie eine ungeheure Fülle von Neuerungen und Verbesserungen auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen wird. Die Sonder-Ausstellungen „Kochkunst" und „Konditorei" werden durch ihre Reichhaltigkeit, die dort dem Beschauer geboten werden, für Jedermann Interesse erwecken. Man kann fast sagen, daß diese Gruppen den Glanzpunkt der Veranstaltung bilden werden. Des ferneren beteiligt sich auch die Halberstädter Bäcker-Innung an der Ausstellung, die ebenfalls Außergewöhnliches bieten wird. Es kann nur jedermann der Besuch dieser hervorragenden Ausstellung empfohlen werden. Die Ausstellungsleitung bittet die Einwohner von Halberstadt am Sonnabend, den 28. Mai, zu flaggen.

Aus Quedlinburg.

— (Einem Eisenbahnunfall im letzten Augenblick entronnen.) Als nachmittags um 3/4 5 Uhr der Zug nach Suderode bereit stand und ein Bahnbeamter mit einem Handwagen das Eilgut über das Thalenser Bahngleis zum Güterschuppen bringen wollte, lief der Zug aus Thale ein. Mit knapper Not entging der Bahnbeamte einem Unglück, es gelang ihm gerade noch, sich in Sicherheit zu bringen. Der Lokomotivführer des Thalenser Zuges, der natürlich einen Unfall nicht hätte vermeiden können, bremste mit aller Kraft. Bahnbeamte und Reisende waren Zeugen dieses aufregenden Augenblicks. An dem Uebergang vom Suderöder zum Thalenser Bahnsteig soll nach Vorschrift stets ein Bahnbeamter stehen und läuten, sobald ein Zug einläuft. Es sei daran erinnert, daß vor zwei Jahren zwei Postbeamte an der gleichen Stelle ums Leben kamen. Jetzt sollte endlich hier Wandel geschaffen werden.

Kreis Quedlinburg.

Hedersleben, 26. Mai. (Die KPD. ist tot.) Die Kommunistische Partei in unserem Orte ist tot. Bei der letzten Reichstagswahl waren es noch weit über 100 Stimmen bei 3 Lesern der „Tribüne", während bei der Präsidentenwahl nur noch 10 Stimmen übrigblieben. Die Führer haben sich zurückgezogen und sind in alle Winde zerstoben. Einer ging sogar zum Kriegerverein, um da sein Glück zu suchen, ein anderer, welcher seinerzeit Mitglied des Arbeiterradfahrervereins war und sein Kind auf Rädern zur Kirche fahren ließ, um es dann unter dem Banner des Vereins Solidarität" taufen zu lassen, ging zum Stahlhelm über. Als Mitglied des Stahlhelms reiste er auch zum Stahlhelmtag mit nach Berlin. So ändern sich die Zeiten. Das sind die wahren Arbeitervertreter.

Aus Thale.

— (Eine Mitgliederversammlung der SPD.) fand am Freitag abend beim Gen. Schinkel statt. Nach der Protokollverlesung gab der Kassierer Gen. Huth einen Bericht von der Maifeier, der in Bezug auf die Teilnehmerzahl und das finanzielle Ergebnis ein befriedigendes Bild zeigte. Für die Mitwirkung an der Feier wurde dem Tambourkorps des Reichsbanners eine größere Summe für die Reisekasse und dem Volkschor der Betrag für ein Lied bewilligt. Außerdem gab die Versammlung ihre Zustimmung zu der Anschaffung einer Sprungmatte als Ehrengabe für die Turn- und Sportvereinigung anläßlich der Turnhallenweihe. Eine lebhafte Debatte löste das Thema „Agitation für die Parteipresse" aus. Allgemein wurde die Notwendigkeit anerkannt, den Leser- und Inserentenkreis des „Halberstädter Tageblatt" noch beträchtlich zu erweitern. Wünsche zur Ausgestaltung der Zeitung können jederzeit der Pressekommission unterbreitet werden. Die wichtigste Waffe im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Presse, denn sie beherrscht die öffentliche Meinung. Bei der in nächster Zeit vorzunehmenden Werbeaktion, deren Träger in erster Linie die Bezirkskassierer sind, muß jede Genossin und jeder Genosse durch eifrige Mitarbeit zu einem vollen Erfolg beitragen. Aus Anlaß der Einweihung eines von den hiesigen „nationalen" Verbänden erbauten Kriegerdenkmals findet am 12. Juni hier ein Kreiskriegerverbandsfest statt. Daß diese Form der „Heldenehrung" bei der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung keine Zustimmung findet, beweist schon die Tatsache, daß mehrere bürgerliche Gesangvereine usw. ihre Mitwirkung abgelehnt haben. Es entspricht auch unseren Grundsätzen, von derartige Veranstaltungen keine Notiz zu nehmen und sie dadurch für die örtlichen Verhältnisse bedeutungslos zu machen. Die Versammlung beschloß deshalb einstimmig die Teilnahme aller Parteimitglieder an einem Ausflug des Reichsbanners am 12. Juni. Eine Anfrage betr. Freibadeanstalt beantwortete Gen. Schinkel ausführlich. Nachdem die Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Instanzen glücklich beendet waren, hat jetzt die Besitzerin des betr. Geländes vor Ausfertigung des notariellen Kaufvertrages neue Bedingungen gestellt, deren Erfüllung die Stadt nicht zusagen konnte. Durch die so entstandene Verzögerung ist es bedauerlicherweise nicht möglich, das Freibad noch in diesem Jahre fertigzustellen. Da an der Einrichtung dieses Freibades ein großes öffentliches Interesse besteht, ist eine baldige Erledigung der noch bestehenden Differenzen wünschenswert. — Nach einer Aufforderung des Gen. Keune sen., die sog. Arbeiter-Jugend mehr als bisher zu unterstützen, wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

— (Der Landesfriedensbruch von Allrode) vor dem Landgericht Braunschweig. 2 Angeklagte — 22 Zeugen. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Philipps-Braunschweig. Die Anklage vertritt abermals Staatsanwalt Schulz-Blankenburg. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Pricellini-Braunschweig. Nach Verlesung der Anklageschrift beschäftigt sich der Vorsitzende mit dem Angeklagten Kam. Striebel. Kam. St. schildert eingehend den Vorgang, findet aber keinen Glauben. Die Zeugenvernehmung beginnt. Kam. Striebel läßt durch die Verteidigung den Kam. Dicke, Feller und Winter als Zeugen laden. Acht Zeugen wurden vernommen, auf die übrigen verzichtet das Gericht. Sieben Zeugen können den Beweis, Striebel auf dem Grundstück des Hillmer gesehen zu haben, nicht antreten. Hillmer, der einzige Belastungszeuge für Kam. Striebel, macht stotternd seine Aussage. Daraufhin verurteilt das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts Schulz-Blankenburg den Kam. Striebel wiederum zu 7 Monaten Gefängnis. Kümne wird abermals freigesprochen. Merkwürdig ist, daß beim Gericht die Aussagen der 3 Zeugen aus Thale gar keine Beachtung fanden, während man der Aussage Hillmers Glauben schenkte. Revision gegen dies Urteil ist bereits eingelegt.

Provinz und Nachbarstaaten.

3. Pfingsttreffen der sozialistischen Fürsorgerinnen

im Rittersaal der Elgersburg, Bad Elgersburg (Thüringen). Freitag, den 3. Juni bis Dienstag, den 7. Juni 1927.

Programm:

Freitag: Begrüßungsabend; Sonnabend 9.30 Uhr: „Sozialistische Gedanken zur Strafrechtsreform". Referent: Magistratsrat Dr. Kantorowicz-Kiel; Sonntag 9.30 Uhr: „Die psychologischen Grundlagen der Gefährdetenfürsorge". Referent: Dr. Siegfried Bernfeld-Berlin. Montag, 9.30 Uhr: „Aus der Tätigkeit der Polizeibeamtin". Referentin: Frau Josefine Erkens-Hamburg. Dienstag, 9.30 Uhr: Allgemeine Aussprache über Berufsfragen der Fürsorgerinnen. Nach jedem Vortrag findet Diskussion statt.

Für die Nachmittage sind Ausflüge in die Umgebung und Besichtigungen sozialer Einrichtungen im nahegelegenen Arnstadt geplant.

Die Kosten für Wohnung und Verpflegung betragen pro Tag 4.95 RM. Ein Mindestkostenbeitrag von RM. 2.— pro Tag muß von sämtlichen Teilnehmern erhoben werden.

Anmeldungen sind umgehend dem Hauptausschuß einzureichen; und der angegebene Mindestbeitrag auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 5982 des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt e. V. mit dem Vermerk „Pfingsttreffen" einzuweisen.

Besondere Wünsche und Anfragen bitten wir gleichfalls umgehend an den Hauptausschuß gelangen zu lassen.

Mit Parteigruß!

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V.
Marie Arning.

Wie erreicht man Bad Elgersburg i. Thüringen? Ab Erfurt 4.12, 6.08, 11.15, 11.50, 3.16, 5.12, 9.35 abends; ab Arnstadt 4.47, 6.31, 11.52, 1.28 (umstg.), 3.57 (umstg.), 6.07 (umstg.), 10.41 (umstg.). Ab Plaue (Thür.) 5.02, 7.09, 12.13, 1.40, 4.15, 6.21, 10.59 abends. An Elgersburg 5.30, 7.36, 12.38, 2.07, 4.43, 6.52, 10.24 abends.

Hasselfelde, 26. Mai. (Ein rätselhafter Einbruch) ist am Donnerstag spät abends bei dem Maurer Böttcher geschehen. Durch ein Wimmern aufmerksam geworden, fanden die Eltern ihren etwa 19jährigen Sohn August bewußtlos auf dem Hofe. Ein Fenster war offen. Aus einem Geldkasten im Zimmer war eine größere Geldsumme verschwunden, die sich teilweise auf dem Hofe bis auf 20 Mark wieder auffinden ließ. Der Sohn will einen Schlag über den Kopf bekommen haben. Der Dieb muß jedenfalls mit der Oertlichkeit genau vertraut gewesen sein.

Bad Harzburg, 26. Mai. (Eine Liebestragödie) ereignete sich im Eckertale. Der 52jährige verheiratete Friedhofsgärtner Keller und die 21jährige Else Wenzel, beide aus Clausthal, beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen und nahmen Strychnin zu sich. Während das Mädchen nach einigen Stunden qualvoller Schmerzen verstarb, schlug das Gift bei Keller nicht an. Auch ein Versuch, sich die Pulsader zu öffnen, mißlang infolge Entkräftung. K. wurde ins Fritz-Königstift eingeliefert. er befindet sich außer Lebensgefahr. Die Leiche des Mädchens wurde nach der Friedhofshalle geschafft.

Bad Harzburg, 26. Mai. (Tödlicher Sturz durch Gabelbruch.) Der Arbeiter Kuhse fuhr mit dem Fahrrade auf der Landstraße bei Schlewecke, als plötzlich die Gabel des Fahrrades brach und der Fahrer so unglücklich fiel, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er bald darauf starb.

Ellrich, 26. Mai. (Opfer seines Berufs.) Der Arbeiter Heinrich Schulze wurde bei Regulierungsarbeiten am Flußbett der Zorge von einer Kipplore erfaßt. Er zog sich schwere innere Verletzungen zu, denen er in einer Nordhäuser Klinik erlegen ist.

Magdeburg, 26. Mai. (Ein Segelboot kentert.) Auf der Elbe kenterte in der Nähe der Fermersleber Badeanstalt ein Segelboot des Segelklubs Magdeburg mit 4 Insassen. Infolge plötzlich auftretender Gewitterböen brach der Mast, der das Boot auf die Seite legte. Während drei Personen, darunter ein Nichtschwimmer, sich durch Festhalten am Boot retteten, versuchte der vierte, Walter John aus Gr.-Ottersleben, während des Stromabtreibens trotz der Warnung seiner Mitfahrer schwimmend das Land zu erreichen. Hierbei müssen ihn die Kräfte verlassen haben; er ertrank.

Magdeburg, 26. Mai. (Ein Lastwagen abgestürzt.) Auf dem Schuttabladeplatz am Herrenkrug kam an der aufgeschütteten Böschung ein mit zwei Pferden bespannter Abfuhrwagen der Zuckeraffinerie Magdeburg ins Rutschen, überschlug sich mehrmals und stürzte in die mit Wasser gefüllte Vertiefung. Das Kommando der Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da das einer Pferd bereits aus seiner schwierigen Lage befreit, das andere aber durch Ertrinken schon verendet war. Der Kutscher, der mit hinabgerissen wurde, konnte sich glücklicherweise selbst aus seiner lebensgefährlichen Lage wieder herausarbeiten.

Dessau, 26. Mai. (Aus Angst vor Dieben das Geld verloren.) Ein Ehepaar setzte sich auf einem Spaziergang im Schillergarten auf eine Bank und ließ dort eine Handtasche liegen, die 1400 Mark enthielt. Als es zurückkehrte, war natürlich die Tasche verschwunden. Das Geld hatten die Leute erst am Tage vorher von der Sparkasse abgehoben, um eine längere Reise anzutreten. Sie wollten das Geld nicht zu Hause liegen lassen, da sie Angst hatten, daß es ihnen gestohlen würde.

Lichtenburg, 26. Mai. (Aus dem Zuchthaus entwichen.) Aus dem hiesigen Zuchthaus sind in einer der letzten Nächte wieder zwei Zuchthaus-Gefangene entflohen. Es handelt sich um den Maurer Albert Metz aus Gotha, der noch 15 Jahre absitzen muß, und den Kraftfahrer Paul Egnsta aus Grasdorf bei Breslau, der noch bis 1933 zu sitzen hat. Beide Gefangene waren bei dem Ausbruch nur mit dem Hemd bekleidet.

Sandersleben, 26. Mai. (Eine Kanonenkugel aus dem 30jährigen Krieg?) Gefunden wurde bei den Ausschachtungsarbeiten zur Rohrleitung des Wasserwerks auf dem Markt eine noch gut erhaltene Voll-Kanonenkugel. Altertumsforscher sind überzeugt, daß die Kugel aus der Zeit (1618—1648) stammt, der hier ganz besonders verheerend wirkte. Außerdem wurde noch eine Silbermünze die auf der Rückseite die verschlungenen Buchstaben F R mit darüber befindlicher Krone und auf der Stirnseite die Bezeichnung „48, einen Taler" und Prägungsjahr 1771 führt, gefunden.

Naumburg, 26. Mai. (Ein Zugführer erhält 2 Jahre Zuchthaus.) Vom großen Schöffengericht Naumburg wurde wegen fortgesetzter schwerer Unterschlagung im Amte der Zugführerstellvertreter Hermann Greiner zu 2 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Auf den Zügen der Saalebahn, die er begleitete, hatte er in Jahre 1926 zahlreiche wertvolle Gepäckstücke mit Kleidern und Kostümen ausgeplündert. Greiner legte zunächst ein umfassendes Geständnis ab, bestritt aber dann die ihm als schwerend zur Last gelegte Beseitigung der Begleitpapiere.

Weimar, 26. Mai. (Großfeuer.) Im nahen Woehlsdorf brach auf dem ehemaligen Rittergut ein Großfeuer aus, dem binnen einer Stunde sämtliche Wirtschaftsgebäude zum Opfer fielen. Dadurch, daß innerhalb kurzer Zeit sechs Feuerwehren zur Stelle waren, konnte das Wohngebäude gerettet werden. Das Vieh wurde unter sehr schweren Umständen den Flammen entrissen. Getreide, Futtervorräte und landwirtschaftliche Maschinen sind verbrannt.

Mühlhausen, 26. Mai. (Dem Liebhaber die Kehle durchschnitten.) Ein junges Mädchen schnitt nach vorangegangenem Streit ihrem Liebhaber in den Schauspielhaus-Lichtspielen mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Der junge Mann wurde schwer verletzt nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht. Die Täterin wurde verhaftet.

Lauchhammer, 26. Mai. (Das Sterbelager im Flugzeug.) Der Direktor Arndt von der Grube „Viktoria II" bei Lauchhammer war mit einem Flugzeug aufgestiegen, um das Grubengelände zu photographieren. Während des Fluges mußte der Pilot plötzlich die Feststellung machen, daß sein Passagier infolge auf dem Sitz zusammengebrochen war. Der Flugzeugführer nahm darauf in der Nähe von Kottbus eine Notlandung vor, um die sofortige Einlieferung des Direktors in das Kottbuser Krankenhaus zu veranlassen, wo dieser nach kurzer Zeit verstarb. Ueber die Todesursache ist noch nichts Näheres bekannt. Der tragische Tod des Bergwerksdirektors dürfte in seiner Art bisher einzig dastehen.

Kleine Chronik.

Schaljapin kommt nach Berlin.

Schaljapin,

der berühmte russische Sänger, der sich auf einer europäischen Konzert-Tournee befindet, wird dieser Tage in Berlin auftreten. Er Konzert-Tournee aus Wien und Budapest, wo er mit dem größten Erfolg gastierte.

Schweres Explosionsunglück. Im Kesselschmiedehaus der Gewerkschaft Wintershall in Heeringen a. d. Werra ereignete sich am Mittwochnachmittag beim Abfüllen eines Gasbehälters eine schwere Explosion. Zwei Arbeiter wurden völlig zerrissen, ein dritter so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. 15 in der Nähe beschäftigte Handwerker erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Das Gebäude wurde völlig zerstört.

Auf der Lokomotive getötet. Der Lokomotivführer Fent des Berlin—Frankfurter Schnellzuges D 42 wurde während der Fahrt von dem Schürzeisen eines entgegenkommenden Zuges so schwer am Kopfe getroffen, daß er einen Schädelbruch davontrug. Im Krankenhaus in Apolda ist er seinen Verletzungen erlegen.

Eine Blinde verbrannt. In Trier spielte ein 7jähriges Kind mit Streichhölzern und warf dabei einer erblindeten Frau ein brennendes Streichholz in die Schürze. Da sich die Unglückliche nicht helfen konnte, verbrannte sie bei lebendigem Leibe.

Das Kind zu Tode gepfügelt. Unter der Beschuldigung, ihren 3½ Jahre alten Sohn Günter so schwer mißhandelt zu haben, daß er an den Folgen gestorben ist wurden in Berlin-Friedenau der Chauffeur Busch und seine Frau verhaftet. Schon vor einem Jahre war das Jugendamt auf die Mißhandlungen aufmerksam gemacht worden, denen das Kind durch die Eltern ausgesetzt war. Unter der Angabe, der Junge habe sich beim Fallen schwer verletzt, ließen die Eltern dieser Tage einen Arzt holen. Dieser sorgte sofort für die Ueberführung des Kindes in ein Krankenhaus, wo es jedoch kurz darauf starb. Der Körper war vollständig mit Schwielen und Beulen bedeckt. Die Leiche wurde beschlagnahmt, die Eltern festgenommen.

Mord oder Selbstmord im Grunewald? Am Mittwoch nachmittag wurde am Teufelssee im Grunewald bei Berlin die Leiche eines jungen Mädchens mit durchschossener Schläfe aufgefunden. In ihrer Begleitung hatte sich ein junger Mann befunden, der von Fußgängern festgenommen wurde. Es handelt sich um einen 24 Jahre alten Kaufmann und ein Fräulein Herta Unzeck. Nach der Darstellung des Mannes hatten die beiden einen längeren Spaziergang unternommen, wobei das Mädchen Selbstmordabsichten äußerte. Da er es abgelehnt habe, ihr in den Tod zu folgen, habe sich das Mädchen plötzlich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Der junge Mann wurde festgenommen. Die Kriminalpolizei ist mit der Nachprüfung beschäftigt, ob es sich um einen Mord oder einen Selbstmord handelt.

Verurteilte Wohnungsschieber. In Berlin wurden am Mittwoch zwei Beamte und mehrere Wohnungsvermittler wegen Wohnungsschiebungen verurteilt. Magistratsrat Dr. Hauptmann vom Wohnungsamt Kreuzberg erhielt wegen Bestechung drei Monate Gefängnis, Polizeisekretär Kusch, der falsche Aufenthaltsbescheinigungen ausgestellt hatte, wegen schwerer Urkundenfälschung und Bestechung sechs Monate Gefängnis, Wohnungsvermittler Seebaldt wegen Bestechung und Anstiftung zur Urkundenfälschung acht Monate Gefängnis und 1700 ℳ Geldstrafe, Wohnungsvermittler Rindfleisch 3750 ℳ Geldstrafe, die übrigen Angeklagten Geldstrafen von 2000 bis 600 Mark.

Regierungsrat Bartels freigesprochen. Der frühere Leiter des Berliner Fremdenamtes, Regierungsrat Bartels, der vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen Bestechung und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist am Dienstag im Berufungsverfahren freigesprochen worden. Nach Verkündung des freisprechenden Urteils brach Bartels zusammen und erlitt einen Weinkrampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0006

Der Bruch Londons mit Moskau.

Protest der Arbeiterpartei. — Rosengolz antwortet.

London, 25. Mai. Die britische Note, welche die Zurückziehung der Sowjet-Botschaft und der Sowjet-Handelsdelegation aus London fordert sowie die Zurücknahme der englischen diplomatischen Vertretung auf Moskau ankündigt, wird sofort nach der Unterhausabstimmung am Donnerstag nach Moskau abgesandt werden. Die Mitglieder der Sowjet-Botschaft und der Sowjet-Handelsdelegation werden aufgefordert, innerhalb einer Woche oder zehn Tagen London zu verlassen. Es ist wahrscheinlich, daß der Geschäftsträger Rosenholz und seine nächsten Untergebenen sofort nach der Unterhausentscheidung am Donnerstag London verlassen werden. Das Unterhaus wird am Donnerstag den Beschluß der Regierung billigen und die Arbeiterpartei wird in der Debatte folgende Entschließung einbringen:

„Das hohe Haus ist der Meinung, daß die Beendigung des Handelsabkommens und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ernste internationale Konsequenzen hat und das Ende einer vielversprechenden Aussicht auf Wiederherstellung von Handel und Industrie bedeuten wird. Das Vorgehen der Regierung stellt also eine Politik dar, auf die das Land nicht festgelegt werden konnte, ohne daß eine Spezialkommission auf Grund vollster Prüfung und Untersuchung des gesamten einschlägigen Materials einen Bericht erstattet hat".

Der sowjetrussische Geschäftsträger Rosenholz übergab am Mittwoch der Oeffentlichkeit eine Antwort auf Baldwins Regierungserklärung, in welcher er dem Ministerpräsidenten in allen entscheidenden Punkten entgegentritt. Er stellt zunächst fest, aus der Rede Baldwins gehe hervor, daß 1. die Haussuchung im Arcos-Gebäude auch nicht den geringsten Schimmer eines Beweises dafür erbrachte, daß das gesuchte Staatsdokument seinen Weg in das Sowjethaus gefunden hätte, 2. daß kein Angestellter der Sowjets Spionage getrieben hat. Der Beschluß der englischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, sei ein tödlicher Schlag für den gesamten russischen Handel.

Wie der Londoner Korrespondent des „Soz. Pressedienst" erfährt, sind die Angestellten der Handelsdelegation einschließlich der englischen Angestellten derselben am Dienstag gefragt worden, ob sie eventuell bereit wären, nach Hamburg überzusiedeln. Danach beabsichtigt die Sowjetregierung, den gesamten nach Uebersee bestimmten Teil der Londoner Handelsdelegation nach Deutschland zu verlegen. Man befürchtet in Sowjetkreisen allerdings, daß Deutschland mit Rücksicht auf England einem solchen Verlangen der Sowjetregierung nicht wird Folge leisten.

*

Im Unterhaus.

London, 26. Mai. Das Parlament trat am Donnerstag zur Erörterung des Abbruchs der Beziehungen mit Rußland und formellen Beschlußfassung über die Entscheidung der Regierung zusammen. Als Grundlage für die Debatte diente die Resolution der Arbeiterpartei, welche die Einsetzung einer Untersuchungskommission fordert, von der Regierung jedoch geschäftsordnungsmäßig als ein Mißtrauensvotum angesehen wird. Dem Unterhaus lag ein vom Foreign Office zusammengestelltes Weißbuch vor, welche die in der Rede des Ministerpräsidenten erwähnten oder zitierten Dokumente, auf welche die Regierung den Bruch mit Rußland gestützt hat, enthält.

Die Debatte im Unterhaus wurde durch Clynes eröffnet, da Macdonald auf ärztlichen Rat seine parlamentarische Tätigkeit noch nicht aufnehmen kann. Clynes erklärte eingangs, daß bei der letzten Rußlanddebatte der Außenminister Chamberlain mit beredten Worten auf die gefährliche Situation hingewiesen habe, welche sich aus einem Bruch mit Rußland nicht nur für England, sondern auch für den Frieden der ganzen Welt ergeben würde, daß er aber heute der Auffassung sei, daß Rußland der Angeklagte sei. Die Arbeiterpartei stimme dem zu, sie verlange aber, daß Rußland nicht ohne vorherige Verhandlung verurteilt werden dürfe. Beweise für die Schuld der russischen Regierung, fuhr Clynes fort, sind im Arcosgebäude nicht vorgefunden worden. Die kommunistische Propaganda in England und anderen Teilen der Welt sei keineswegs zu bezweifeln, und diejenige Partei, die unter dieser Propaganda gerade am meisten zu leiden habe, sei die Arbeiterpartei. Sie wünsche Verfehlungen nicht zu entschuldigen, aber sie verlange, daß die britische Regierung ihrerseits mit der russischen Regierung eingegangene Verpflichtungen auf eine ehrenvollere Weise, als wie es das jetzige Vorgehen darstellt, löst. Wenn der Innenminister behauptet, daß ein gewisses Staatsdokument gestohlen worden ist, warum ist dann weder der Dieb noch der Spion verhaftet worden, fuhr Clynes fort, anstatt daß man den Ueberfall auf das Sowjethaus vornahm. Die Art und Weise, wie die Regierung vorgegangen sei, stelle eine Nachahmung kommunistischer Methoden dar. Die Politik der Regierung werde die kommunistische Propaganda nur noch verschärfen und neue Wirkungen der kommunistischen Propaganda liefern.

Clynes ging hierauf auf die schwere Gefahr für die britische Wirtschaft ein und gab Einzelheiten über die großzügigen Kreditverhandlungen zwischen der russischen Handelsdelegation und der englischen Middlandbank, welche unmittelbar vor dem Abschluß standen, aber jetzt nach dem Vorgehen der Regierung nachträglich von der Middlandbank abgeleugnet werden. Clynes wandte sich darauf dem am Donnerstag von der Regierung veröffentlichen Weißbuch über die kommunistischen Verfehlungen zu und bezeichnete es als ein unterhaltsames Bilderbuch. Die Labour-Party fordere eine Untersuchung, weil sie der Meinung ist, daß die Methode, welche die Regierung eingeschlagen hat, völlig sinnlos und den britischen Interessen schädlich ist.

Nach Clynes ergriff Außenminister Chamberlain das Wort, indem er feststellte, daß die Labour-Party eine Untersuchungskommission fordere. Die Regierung ist nicht bereit, diesen Vorschlag der Opposition, welcher ein Mißtrauensvotum darstellt, anzunehmen. Wir haben das Parlament aufgefordert, eine Kundgebung des Vertrauens und der Zustimmung auszusprechen darüber, welche Schritte wir zu unternehmen haben. Chamberlain betonte, daß die Regierung noch eine große Masse weiteren Materials besitze. Sie glaube jedoch, daß die Veröffentlichung genüge und die Bekanntgabe weiteren Materials unnötig und unerwünscht sei.

*

Die erste Wirkung.

London, 26. Mai. Die russische Botschaft hat am Donnerstag die Ausstellung von Pässen an britische Staatsangehörige eingestellt.

*

Echo in Frankreich.

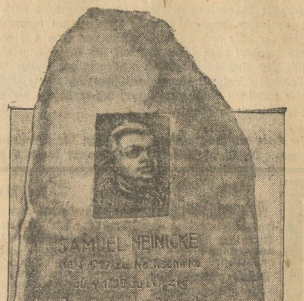
Paris, 25. Mai. Trotzdem die Linksblätter ernstlich der französischen Regierung raten, sich nicht in das englische Schlepptau nehmen zu lassen und keine übereilten Schritte Sowjetrußlands gegenüber zu unternehmen, hat man den Eindruck, daß ein großzügige Propaganda, zum Teil vom Ausland her, in Frankreich im Gange ist, die französische Regierung ebenfalls zum Bruche mit den Sowjets zu veranlassen. Sämtliche bürgerliche Blätter, soweit sie nicht durchaus links stehen, der „Temps" an der Spitze, billigen, zum Teil in enthusiastischer Form, die Haltung der englischen Regierung gegenüber den Sowjets.

*

Polen und der Konflikt.

Warschau, 25. Mai. Die polnische Presse erklärt angesichts des russisch-englischen Konflikts, daß Polen an einem Regierungswechsel in Rußland in keiner Weise interessiert sei, da eine irgendwie anders geartete Regierung in Rußland Polen keine größeren Garantien bieten könne als die gegenwärtige, von der Polen die genaue Einhaltung des Rigaer Vertrages verlange. Hingegen sei Polen an einer rigorosen Unterdrückung der von Rußland betriebenen kommunistischen Propaganda interessiert und daher sei die Stellung Polens — so lassen einige englandfeindliche Blätter durchblicken — eher auf seiten Englands als auf der Rußlands zu suchen. Indessen gehöre die friedliche Wahrung der polnischen Ostgrenze bereits zu dem traditionellen Kredo der polnischen Außenpolitik.

Ein Wohltäter der Taubstummen.



Das Samuel Heinicke-Denkmal in Nauschütz.

Samuel Heinicke, dem ersten Taubstummenlehrer und Begründer der ersten deutschen Taubstummenanstalt in Leipzig, wurde anläßlich der 200. Wiederkehr seines Geburtstages in seinem Heimatsort Nauschütz, Kreis Weißenfels, ein Denkmal geweiht. Es besteht aus einem Findlings-Block mit einem Bronze-Medaillon.

*

Ein Löwenbändiger von Löwen angefallen. In dem deutschen zurzeit in Straßburg gastierenden Zirkus Gleich wurde in einer Abendvorstellung der junge Löwenbändiger Bill von zwei nächtigen Berberlöwen angefallen und an Brust, Unterleib und Rücken grauenvoll zerfleischt. Das mehrere Tausend zählende Publikum, das von einer Panik ergriffen wurde, konnte schließlich durch das besonnene Personal beruhigt werden. Der Löwenbändiger wurde durch von Akrobaten herabgelassene Taue aus dem Zwinger gerettet und sodann ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich, jedoch nicht hoffnungslos.

Straßenbahnunglück in einem Pariser Vorort. In einem Pariser Vorort wurden bei der Entgleisung eines Straßenbahnwagens, die auf einen Kuppelungsbruch zurückzuführen ist, 15 Personen zum Teil schwer verletzt.

Schweres Hochofenunglück in Wales. In den Stahlwerken von Voslais in Südwales gab die Plattform auf einem Hochofen nach und stürzte mit sechs Arbeitern auf die Sohle des Ofens. Zwei Arbeiter wurden getötet und vier schwer verletzt.

Briefmarken mit Heiligenbildern.

Die englische Postverwaltung hat jetzt Briefmarken in den Verkehr gebracht, die mit religiösen Bildern geschmückt sind. — Das Bild stellt die neue St. Paul-Marke dar, die den Heiligen in dem Augenblick zeigt, als er nach seiner Landung von einer Schlange angegriffen wird.

800 000 russische Emigranten. Nach den neuesten Angaben des Internationalen Arbeitsamtes in Genf beträgt die Zahl der russischen Emigranten in sämtlichen europäischen Ländern mit Ausnahme von Deutschland und Belgien 755 000. In Deutschland und Belgien sind einwandfreie Zahlen nicht zu erreichen, doch werden die Emigranten in beiden Ländern auf 45 000 bis 50 000 geschätzt. Die Gesamtzahl der in Europa lebenden russischen Emigranten würde mithin rund 800 000 betragen.

Lindbergh über Paris. Lindbergh hat bei der Besichtigung seiner Flugmaschine festgestellt, daß die beim Empfang verursachten Schäden rasch ausgebessert werden können. Er beabsichtigt daher voraussichtlich schon am Mittwoch einen Flug über Paris auszuführen, um sich den Parisern zu zeigen und für ihren Empfang zu danken. Am Sonnabend will er sich dann im Flugzeug nach Brüssel begeben und von dort am Montag nach London. Ob er von London aus auch noch Stockholm besucht und vor seiner Rückkehr nach Amerika vielleicht nach Berlin kommt, steht einstweilen noch nicht fest. Er will möglichst bald wieder nach Amerika zurückkehren.

Die Sport-Beilage erscheint aus technischen Gründen in der morgigen Ausgabe!

Lack und Farbe vermehrt Haltbarkeit, Schönheit u. Wert Ihres Eigentums

Lassen Sie sich beliefern u. beraten durch die

Drogenhandlung Otto Henicke

Spezial-Farbenhandlung

Halberstadt, Bakenstr. 9. Fernruf 2522.

Ölfarbenfabrikation mit Maschinenbetrieb

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Die heutige Sitzung des Parteitages.

Kiel, 27. Mai. (Eig. Funkber.) Die Sitzung des Parteitages wird um 9 Uhr eröffnet. Es wird zunächst der Bericht der Beschwerdekommission gehört, die auch das Resultat der

Wahlen zum Parteivorstand

und zur Kontrollkommission feststellte. Beide Instanzen sind in ihren bisherigen Zusammensetzungen wieder gewählt und zwar haben erhalten: Als Vorsitzender Wels 298 Stimmen, Hermann Müller 332, Crispien 285, als Kassierer Bartels 352 und Ludwig 318, als Sekretäre Gen. Zuchacz 342, Stelling 347, Dittmann 306, Vogel 371, Westphal 272, als Beisitzer Molkenbuhr 284, Adolf Braun 294, Hilferding 305, Moses 257, Genossin Nemitz 256, Genossin Nyneck 241, Frank 247, Hildenbrandt 260, Schutz 271, Stahl 244, Stampfer 263. Bei der Wahl der Kontrollkommission erhielten Stimmen Lore Agnes 248, Bock 338, Bren 305, Bruehne 311, Hengsbach 313, Lose 322, Hermann Müller-Lichtenberg 307, Schönfelder 289, Treu 275.

Nachdem der Parteitag Einsprüche gegen Ausschlüsse aus der Partei erledigt hatte, erstattete Crispien den Bericht über die Internationale.

Der Bruch vollzogen. — Der Antrag der Arbeiterpartei abgelehnt.

London, 27. Mai. (Eig. Funkber.) In der Donnerstagsitzung des Unterhauses fiel die endgültige Entscheidung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau, indem der Antrag der Arbeiterpartei, eine Untersuchungskommission zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Sowjetregierung einzusetzen, mit 367 gegen 118 Stimmen abgelehnt wurde. Das Vertrauensvotum für die Regierung fand darauf mit 357 gegen 112 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen der Liberalen Annahme. In einer großen 1½stündigen Rede hatte vorher Lloyd George die Außenpolitik angegriffen, die nicht mehr im Außenministerium, sondern in anderen Aemtern gemacht werde.

Stresemann glaubt nicht . . . .

Berlin, 27. Mai. (Eig. Funkber.) Auf der Tagung des Stuttgarter Auslandsinstituts hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Rede, in der er auch auf den englisch-russischen Konflikt einging. „Ich glaube nicht an eine Wendung zum Krieg", erklärte er, „wenn große Völker sich gegeneinanderstellen, so kann es nur unsere Aufgabe sein, den Krieg zu verhüten, um die Völker wieder zusammen zu führen."

Kanada folgt nach.

Paris, 27. Mai. (Eig. Funkm.). Aus Ottawa in Kanada wird gemeldet, daß nach einem fünfstündigen Ministerrat der Premierminister der Presse erklärte, daß Kanada dem Beispiel Englands folgen und in den nächsten Tagen das Handelsabkommen mit Rußland kündigen werde.

Himmelfahrt am Müggelsee.

Berlin, 27. Mai. (Eig. Funkm.). Auf einer der am Himmelfahrtstage in Berlin üblichen Herrenpartien kam es am Müggelsee zu einer schweren Schlägerei und Messerstecherei zwischen den Mitgliedern eines Athletenklubs und denen eines Gesangvereins „Fidele Brüder". 15 Personen hatten stark blutende Verletzungen erlitten. Vier Männer waren so schwer verletzt, daß sie bewußtlos ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo sie lebensgefährlich verletzt darniederliegen. Das Ueberfallkommando nahm mehrere Verhaftungen vor.

Zusammenstoß auf der Havel.

Berlin, 27. Mai. (Eig. Funkm.). Auf der Havel bei Spandau stieß ein Personendampfer mit einem Schleppdampfer so heftig zusammen, daß der Schlepper innerhalb kurzer Zeit sank. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Selbstmord am Teufelssee.

Berlin, 27. Mai. (Eig. Funkm.). Die Berliner Kriminalpolizei hat einwandfrei festgestellt, daß das am Teufelssee im Grunewald aufgefundene Mädchen Selbstmord begangen hat. Sowohl bei der Mutter wie bei der Kriminalpolizei sind Abschiedsbriefe von ihr eingetroffen. Der junge Mann, der sich in ihrer Begleitung befunden hatte, wollte zunächst dem Wunsch des Mädchens entsprechen, ebenfalls aus dem Leben zu scheiden, verlor aber den Mut.

Eisenbahnkatastrophe in Spanien.

Berlin, 27. Mai. (Eig. Funkm.). In Spanien ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Güterzug fuhr infolge Versagens der Bremsen auf einen Personenzug auf. Mehrere Wagen wurden völlig zertrümmert. Bisher werden 13 Tote gezählt. Von den zahlreichen Schwerverletzten schweben mehrere in Lebensgefahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0007

Gewerkschaftliches.

Wo gibt es für die Holzarbeiter die besten Löhne und Arbeitsbedingungen?

Diese Frage wird beantwortet durch einen Bericht, den die Internationale Holzarbeiterunion vor kurzem herausgegeben hat. Aus der Unmenge der verschiedenen Berufsgruppen, die in der Internationalen Holzarbeiterunion vereinigt sind, werden als charakteristischste, drei herausgegriffen: Möbeltischler, Tapezierer und Bautischler. Ihr durchschnittlicher Wochenlohn betrug in Deutschland im Oktober 1926: 45,60 Mark bzw. 48,96 Mark bzw. 45,60 Mark. Setzt man die Kaufkraft dieser Löhne in Berlin gleich 100, so verhalten sich die entsprechenden Löhne in den Hauptstädten der wichtigsten Länder dazu folgendermaßen:

Land	Möbeltischler	Tapezierer	Bautischler
Vereinigte Staaten	201	395	237
Australien	204	190	218
Großbritannien	176	163	155
Holland	164	153	175
Dänemark	161	—	179
Norwegen	146	149	147
Schweden	142	—	159
Tschechoslowakei	89	91	91
Oesterreich	88	83	88
Polen	85	76	69
Belgien	82	76	84

Auch über die Arbeitszeit in der verschiedenen Ländern enthält der Bericht interessante Einzelheiten. Als tariflich oder gesetzlich festgelegte Arbeitszeit gibt die Mehrzahl der Länder, darunter auch Deutschland, die 48-Stundenwoche an. Eine kürzere Arbeitszeit, nämlich 44 bis 47 Stunden, haben: Großbritannien, Polen, Finnland, Lettland, Bulgarien, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Neu-Südwales, Queensland und Neuseeland. Ueber 48 Stunden wird in Luxemburg gearbeitet und von einzelnen Berufsgruppen, wie besonders den Sägewerksarbeitern in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten. Einen freien Sonnabendnachmittag haben Großbritannien, Holland, Norwegen, Schweden, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Australien, Neuseeland.

Geschäftsjubiläum mit Aussperrung. Wenn nicht noch eine Wendung eintritt, wird der AEG.-Konzern in Berlin sein 40jähriges Jubiläum mit einer Gesamtaussperrung seiner Belegschaft in Höhe von rd. 50 000 begehen. In einer in den Betrieben des Konzerns stehen die Werkzeugmacher im Streik und fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Die Leitung, die direkte Verhandlungen mit dem Verband ablehnte, droht, sämtliche Arbeiter der bestreikten Betriebe auszusperren und diese Aussperrung auf die übrigen Betriebe auszudehnen.

Soziales.

Warum drängen sich Frauen nicht nach landwirtschaftlicher Arbeit.

Die ständige Klage der Landwirte ist der Mangel an weiblichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Mit Vorliebe wird die Behauptung aufgestellt, die Frauen kämen deshalb nicht zur Arbeit, weil sie es nicht nötig hätten, da ihre Männer genug verdienten. Zur Widerlegung dieser falschen Behauptung teilt H. Hille, Mitglied im Landwirtschaftlichen Tarifamt Sachsen-Anhalt, in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf" (für Frauen des Arbeitsmarktes) Angaben über den „nicht zu überbietenden Tiefstand der Löhne" in der Landwirtschaft, vornehmlich der Frauenarbeit, mit, wodurch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise für die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte aussichtslos werde. Der Gesamtstundenlohn eines vollwertigen, über 18 Jahre alten Landarbeiters in der Provinz Sachsen-Anhalt beträgt in den einzelnen Bezirken 35—40 Pfennig, der einer vollwertigen Arbeiterin über 18 Jahre 17—19 Pfennig, also die Hälfte des Männerlohns. In Brandenburg ist der Stundenlohn für Männer 33,7 Pfennig, in Schlesien 34 Pfennig, für Frauen 15,6 bzw. 14 Pfennig. Hinzu kommt noch die schlechte Behandlung, worüber allgemein geklagt wird. Man muß sich fragen, weshalb polnische Arbeiterinnen bevorzugt werden, wo für diese doch ein Mehrdeputat von etwa 4 Pfennig pro Stunde berechnet wird, sowie 30 Mark für Beschaffungskosten (bei jährlich 1000 Stunden Arbeitszeit 3 Pfennig pro Stunde) zu zahlen sind. Die Antwort darauf kann schwerlich anders lauten, als daß die polnischen Arbeiterinnen noch bessere Objekte der Ausbeutung sind als die deutschen.

———

Die Lage der Tabakindustrie im Spiegel der Arbeitsmarktveränderung. Die Industrie- und Handelskammer von Nordhausen, in deren Bezirk die deutsche Kautabakindustrie beheimatet ist, beklagt sich über den Rückgang des Kautabakverbrauchs. Die allgemein schwache Kaufkraft, das Darniederliegen mancher Industriezweige und die damit verbundene Arbeitslosigkeit führte die Raucher zur Einschränkung des Tabakgenusses. Besonders wird aber hervorgehoben, wie Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt die Lage der Kautabakindustrie nachteilig beeinflußt haben. Infolge der Einstellung von jugendlichen Arbeitern in verschiedenen Industriezweigen, welche zur Befriedigung des Rauchbedürfnisses die Zigarette vorziehen, und der Verdrängung älterer Arbeiter vom Arbeitsmarkt, konnte die Zahl der Verbraucher von Kautabak nicht zunehmen. Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt in bezug auf den Altersaufbau der Beschäftigten auf die Lage der Verbrauchsgüterindustrie zurückzuwirken vermögen.

Mehr Ueberstunden — erhöhte Unfallziffern. Im preußischen Steinkohlenbergbau ist die Zahl der Unfälle im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahr auf etwa der gleichen Höhe geblieben. Indessen stieg sie innerhalb des Jahres in sehr beträchtlichem Maße: im dritten Quartal betrug die Steigerung der Unfallziffer 40 Prozent. Wie Oberbergrat Dr. Ebel im „Reichsarbeitsblatt" darstellt, ist es angesichts der Ueber- und Nebenschichten im dritten Quartal — wo die Kohlenkonjunktur infolge des englischen Bergarbeiterstreiks einen großen Aufschwung erfuhr — klar, daß die Gefahr mit der Länge der Beschäftigung wachsen mußte Das Gefahrenmoment — so schreibt Dr. Ebel — wächst mit der Länge der Arbeitszeit. In gleicher Richtung wirkte die vermehrte Einstellung von Arbeitern, die mit der Eigenart des Betriebes weniger vertraut waren. Die Untertagearbeiter waren an der Unfallsteigerung am stärksten beteiligt. Die Verschlechterung der Lagerungsverhältnisse, insbesondere aber die stärkere Anspannung des Betriebes, hat ebenfalls zur Steigerung der Unfallziffer beigetragen. Im letzten Quartal ist dann mit dem Abnehmen der Ueberschichten eine gewisse Stetigkeit der an sich noch sehr hohen Unfallziffern eingetreten.

Notizen.

Zehntausend Mark für die Bundesschule. Im sächsischen Landtag fand ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung eines laufenden Zuschusses von jährlich 10 000 ℳ für die Leipziger Bundesschule mit 47 gegen 45 Stimmen Annahme. Die bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen stimmten geschlossen gegen die Bewilligung.

Am Himmelfahrtstage 5¾ Uhr wurde unser lieber, guter Vater, Schwieger- und Großvater, der

Handschuhmacher

Emil Petersen

im Alter von 65 Jahren von seinem schweren Leiden durch den Tod erlöst.

Halberstadt, Jauer i. Schl., den 26. Mai 1927.

In tiefer Trauer:

Willy Schrader und Frau
Elfriede geb. Petersen

Karl Blume und Frau
Else geb. Petersen

Rudolf Krabel und Frau
Julie geb. Tilchner

und 5 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet am Montag, den 30. Mai, nachmittags 2½ Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.
Etwaige Kranzspenden bei Blume, Gneisenaustr. 63, II, erbeten.

Sozialdemokratische Partei
Ortsgruppe Halberstadt.

Am Donnerstag verschied nach schwerem Leiden unser Parteigenosse, der Handschuhmacher

Emil Petersen

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand.

Bei der im Handelsregister A. unter Nr. 1320 verzeichneten offenen Handelsgesellschaft

Halberstädter Piassavabesenfabrik M. Tiebe & Co., Halberstadt

ist heute eingetragen:
Sergus Tochtujeff und Frau Minna Tiebe sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst.
Die Firma lautet jetzt: **Halberstädter Piassavabesenfabrik M. Tiebe & Co., Nachf.**
Der Kaufmann **Adalbert Kützing sen.** in **Verden a. d. Aller** ist alleiniger Inhaber der Firma. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch **Adalbert Kützing sen.** ausgeschlossen. Der Ehefrau **Wilhelmine Kützing, geb. Gutjahr** und dem Kaufmann **Adalbert Kützing jun.** beide in **Halberstadt** ist Gesamtprokura derart erteilt, daß beide gemeinschaftlich zur Vertretung befugt sind.
Halberstadt, den 17. Mai 1927.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Wasch- u. Plättanstalt
von
Frau A. Kühn, Dominikanerstraße 7
— Gegründet 1900 —
Wäsche jeder Art wird täglich angenommen
Spezialität:
Feine Herren-Roll- u. Naßwäsche
wird in kürzester Zeit geliefert. — Solide Preise.

Heimstätten-Baugenossenschaft Halberstadt e. G. m. b. H.
Sonntag, 28. 5. 1927, vormittags 11—12 Uhr im Baubüro, Nordweg 43
Rückzahlung der Geschäftsanteile
an ausgeschiedene Mitglieder. — Satzungen und Mitgliedskarte mitbringen.
Zu gleicher Zeit Auszahlung der Zinsen für volle Geschäftsanteile.
Der Vorstand.

Saub. Aufwartung für Vormittagsstunden sucht
Heynemann,
Dominikanerstraße 23

Prima
Mast-Ziegen-Hammelfleisch
Pfd. 30—60 Pfg.
Schaf - Hammelfleisch
Pfund 40—70 Pfg.
Schweine-Leber, Rippen, Pfoten, Rinder-Leber, Herz, Lunge, Euter, Knochen täglich frisch
Franziskanerstraße 26

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch.

Mitteilung!
Mein Hauptgeschäft befindet sich ab heute vorerst
Bakenstraße 16
(nicht mehr Schuhstraße 43)
Hochachtend
Johannes Schmidt, Lebensmittel.
Bakenstraße 16. Harzstraße 4. Telephon 1947.

Pfingst-Verkauf
auch Teilzahlung
Seiden- u. Rips- **Mäntel** 19⁵⁰
Woll- u. Seiden- **Kleider** . . . von 8⁵⁰ an
Herren-Anzüge . . . von 25⁰⁰ an
Hosen in Manchester, Pilot, Cord . . . . von 4⁰⁰ an
Paul Katz, Westendorf 22
Eingang: Kl.-Blankenburg

Dulmin-Enthaarungscreme
in Tuben zu Mk. 1.25 und Mk. 2.00
Als sicher wirkendes und unschädliches Enthaarungsmittel empfehle ich dieses altbewährte Präparat
Parfümerie C. Midy
Breiteweg 60 Fernspr. 1927

Aufforderung

zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte (§§ 20, 37 ArbGG.)

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 tritt am 1. Juli 1927 in Kraft. Gemäß §§ 20, 37 des Gesetzes werden die Beisitzer für die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte von der höheren Verwaltungsbehörde, das ist in Preußen der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts, bei dem das dem Arbeitsgericht übergeordnete Landesarbeitsgericht errichtet ist, auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Beisitzer sind im angemessenen Verhältnis unter bill. Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den im Gerichtsbezirk bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften Reich, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts eingereicht werden. Die Voraussetzungen für das Beisitzeramt sind in den §§ 21—23, 37 des Gesetzes enthalten. Ich fordere hiermit die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften der nachfolgenden Gerichtsbezirke auf, mir bis zum 4. Juni d. Js. Vorschlagslisten einzureichen. Jede Vorschlagsliste muß mindestens die für jede der nachfolgenden Kammern genannte Zahl von Beisitzern enthalten. Die formelle Errichtung der Gerichte durch die beteiligten Ministerien steht noch bevor.

Es werden benötigt:

I. für die Arbeitsgerichte in:

1. **Magdeburg:** für die 1. Arbeiterkammer: je 20 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die 2. Arbeiterkammer: je 20 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 18 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
2. **Neuhaldensleben:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
3. **Burg:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
4. **Schönebeck:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
5. **Staßfurt:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
6. **Stendal:** Für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
7. **Salzwedel:** für die Arbeiterkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
8. **Osterburg:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
9. **Gardelegen:** für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
10. **Aschersleben:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
11. **Halberstadt:** für die Arbeiterkammer: je 12 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
12. **Oschersleben** (Bode): für die Arbeiterkammer: je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
13. **Quedlinburg:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für die Angestelltenkammer: je 5 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.

II. **für das Landesarbeitsgericht in Magdeburg:** je 10 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer; **für das Landesarbeitsgericht in Halberstadt:** je 8 Arbeitgeber und Arbeitnehmerbeisitzer als gemeinsame Berufungsinstanzen für die Arbeiter- und Angestelltenkammern und Handwerksgerichte (s. unten).

Für sämtliche Kammern zu I und II sind auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getrennte Listen einzureichen.

Die genannten Arbeitsgerichte sind zuständig in folgenden Amtsgerichtsbezirken:

I. Landesarbeitsgericht Magdeburg als Berufungsinstanz:

für die Arbeitsgerichte	Amtsgerichtsbezirke
Magdeburg	Magdeburg-Altstadt u. Neustadt, Wanzleben, Seehausen (Kr. W.), Wolmirstedt, Gommern, Loburg.
Neuhaldensleben	Neuhaldensleben, Erxleben.
Burg	Burg, Genthin, Ziesar.
Schönebeck	Schönebeck, Barby, Calbe a. S. und Enklave Groß- und Klein-Mühlingen
Staßfurt	Staßfurt, Egeln u. Leopoldshall.
Stendal	Stendal, Tangermünde Bismark, Sandau, Jerichow
Salzwedel	Salzwedel, Beetzendorf, Klötze.
Osterburg	Osterburg, Seehausen i. Altm., Arendsee.
Gardelegen	Gardelegen, Calbe a. M., Oebisfelde-Kaltendorf, Weferlingen.

II. Landesarbeitsgericht Halberstadt als Berufungsinstanz:

für die Arbeitsgerichte	Amtsgerichtsbezirke
Aschersleben	Aschersleben, Ermsleben
Halberstadt	Halberstadt, Osterwieck, Wernigerode.
Oschersleben (Bode)	Oschersleben, Hötensleben, Gröningen und Enklave Groß- und Klein-Alsleben.
Quedlinburg	Quedlinburg

Ich nehme im übrigen Bezug auf den den Organisationen durch die Fachpresse bekannten Erlaß des Preußischen Handelsministers und des Preußischen Justizministers vom 30. April 1927 (IIIa 1245 M. f. H. u. G./I 1169 Just. M.) der auch im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlicht wird.

Für die Vorschlagslisten empfiehlt sich die Form des in der Anlage des vorstehenden Erlasses angegebenen Musters.

Magdeburg, den 24. Mai 1927.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: gez. Freysing.

Billiges
Pfingst-Angebot
von guten
Maß-Anzügen
fast neu
Teppiche, Diwandecken, Sofas, Federbetten, Möbel u. a. m. im
Geschäftshaus für Gelegenheits-Käufe
M. Pick, Grudenberg 5
☞ Beachten Sie die Schaufenster.

Zwei jüngere
Anfängerinnen
als Hilfsarbeiterinnen gesucht. Meldg. Montag, den 30. Mai, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr
Mitteldeutsche Papierverarbeitungs-Gesellschaft m. b. H., Wilhelmstr. 29.

Ab 30. Mai gut
möbl. Zimmer
für ca. 2 Wochen gesucht. Angebote unter Qu. 112 an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Hühnerküken hat abzugeb.
Poschner, Wehrstedt, Gartenstraße 10.

Schützen Sie sich gegen Fliegen!
Fliegengewebe in allen Abmessungen liefert auch an Private
Fritz Krippner,
Drahtwarenfabrik
Roonstr. 11 Roonstr. 11

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 123. Sonnabend, 28. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 24. Mai.

Im Suff. Ein Sanitätsgefreiter hatte sich wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, groben Unfug und nächtlicher Ruhestörung zu verantworten. Er war eines Nachts im vollständig betrunkenen Zustande aus einem Lokal geworfen und hatte mit seinem Seitengewehr Straßenpassanten belästigt. Nachdem er dann einige Stunden irgendwo herumgelegen hatte und durch die Kälte wieder etwas ernüchtert war, setzte er sein Treiben fort. In seiner Wut schlug er auf alles, was ihm in den Weg kam, ein. Selbst an einer Straßenlaterne ließ er seine Wut aus. Einem Polizeibeamten, der ihn festnehmen wollte, leistete er Widerstand. Im nüchternen Zustande soll der Angeklagte ein sehr zurückhaltender und ruhiger Mensch sein. Er wollte sich damit entschuldigen, daß er in der betreffenden Nacht sinnlos betrunken gewesen sei. Das Gericht billigte ihm aber den Schutz des § 51 (Ausschluß der freien Willensbestimmung) nur wegen des ersten Falles zu und glaubte, daß er später durch die Kälte wieder etwas nüchtern geworden war. Das Urteil lautete auf 2 Wochen Gefängnis und 25 ℳ Geldstrafe.

Das Schicksal eines Fürsorgezöglings. Ein Fürsorgezögling war aus der Erziehungsanstalt entwichen und hatte sich hier bei seinem Stiefvater aufgehalten. Seinen Aufenthalt benutzte er dazu, zwei Einbruchsdiebstähle zu begehen, bei denen er Wäsche, die zum Trocknen aufgehängt war, entwendete. Weil er schon öfter vorbestraft war, lag Rückfall vor. Der Angeklagte äußerte, er wolle lieber ins Gefängnis, als wieder in die Anstalt zurück. Das Gericht schloß aus diesem Ausspruch, daß der Angekl. eine ehrlose Gesinnung besitze (!) und erkannte außer 1½ Jahre Gefängnis auf 3 Jahre Ehrverlust. Ist diese Strafe nicht sehr hart?

Großvater und Enkelin. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hatte sich ein Feldhüter wegen Blutschande zu verantworten. Er gab an, seine noch nicht 14 Jahre alte Enkelin geschlechtlich aufgeklärt zu haben. Das hat er aber nicht theoretisch, sondern praktisch getan und zwar mit dem Erfolg, daß die 14jährige Enkelin durch den eigenen Großvater Mutter geworden ist. Zwar sollte heute ein unbekannter Soldat der Täter sein, der Angeklagte wurde aber als Täter überführt. Er wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Ein schießwütiger Revolverheld. Ein Schornsteinfegergeselle hatte die Erlaubnis zum Tragen einer Schußwaffe bekommen. Diese Waffe nahm er auch mit, als er eines Tages einen Maskenball besuchte. Morgens früh ging er mit mehreren Freunden zurück. Plötzlich zog er seinen Revolver und gab auf zwei ungefähr 30 m vor ihm gehende Brüder, ehe es der neben ihm gehende Freund verhindern konnte, aus Uebermut einen Schuß ab. Die Folgen waren furchtbar. Aufschreiend brach der eine der Brüder zusammen und war innerhalb einiger Minuten tot. Der Angeklagte war bei Begehung der Tat vollständig nüchtern. Schon bei dem Hinweg hatte er fünf Schüsse blindlinks in die Luft gejagt. Auch vorher war der Angeklagte Wochen hindurch, offenbar um sich als Held zu zeigen, in einer ganz leichtsinnigen Weise mit seinem Schießprügel umgegangen. Sogar auf der Dorfstraße hat er damit geschossen. Es ist ein Beweis dafür, daß solchen unreifen Menschen ein Waffenschein nicht ausgestellt werden darf. Das Urteil lautete auf 1½ Jahr Gefängnis.

Ein ungetreuer Stadtsekretär. Ein Kaufmann war bei der Stadt Aschersleben als Stadtsekretär angestellt. Als solcher hatte er die städtische Lustbarkeitssteuer zu bearbeiten. Durch Krankheit usw. kam er in schwere finanzielle Bedrängnis und ließ sich verleiten, einen Griff in die Kasse zu tun und ihm anvertraute Gelder zu unterschlagen. Später kam er in das Wohlfahrtsamt. Hier hatte er einem Kriegsbeschädigten, der 200 ℳ Vorschuß haben wollte, nur 100 ℳ ausgezahlt und die übrigen 100 ℳ für sich behalten. Außerdem sollte er noch von Abfindungssummen für Kriegsbeschädigte Gelder unterschlagen haben. Hier ließ sich nichts nachweisen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 7 Monate Gefängnis.

Soz. Arbeiter-Jugend

An die Ortsgruppen der Arbeiter-Jugend des Harzes!

Wie gelegentlich des Engelhardt-Kurses in Thale schon bekannt gegeben ist, können sich ältere Jugendgenossen an der geologischen Harzwanderung der Jungsozialisten beteiligen. Unser Führer ist der Leiter der Metallarbeiterschule in Dürrenberg, Gen. Dr. Engelbert Graf. Der Plan ist folgender: **Freitag, den 17. Juni:** Eintreffen der Genossen in Halberstadt und abends Versammlung, in der Gen. Graf sprechen wird. **Sonnabend, den 18. Juni:** Streifzüge um Wernigerode. **Sonntag, den 19. Juni:** Brockenbesteigung. **Montag, den 20. und Dienstag, den 21. Juni:** Wanderung in Richtung Nordhausen. Dortselbst abends: Große öffentliche Versammlung der Partei mit Engelbert Graf als Redner. Thema: „Rußland und China in Weltwirtschaft und Weltpolitik." Da es eine Teilnehmergebühr nicht kostet, die Jugendgenossen also nur die Uebernachtungsgebühr sowie das Essen aufzubringen haben, raten wir den älteren Jugendgenossen, sich an dieser hochinteressanten Veranstaltung zu beteiligen.

Meldungen sind zu richten bis zum 10. Juni an Erich Bordach, Halberstadt, Gartenstadt 26.

Unser erstes Singetreffen findet bestimmt in diesem Jahre statt. Näheres im nächsten Rundschreiben.

I. A. der Arbeitsgemeinschaft Harz.

H. Weber, L. Borrmann, K. Keune, P. Jeske.

Sport.

Radfahrer-Verein Wanderer 1898. B. D. R. Auszeichnungen für Gauwanderfahrten im Jahre 1926 haben erhalten: R. Eggert, H. Nickel, M. Nickel, O. Lüth, G. Lüth, R. Engelhardt, O. Engelhardt, E. Buchtmann, K. Lehfeldt, E. Voigt, A. Möhtefindt, R. Kaste, R. Bösche, J. Bösche, R. Bösche jr. Am Sonntag, den 29. Mai, findet auf der Strecke Halberstadt—Egeln—Halberstadt das diesjährige Bezirks-Mannschaftsrennen statt. Start und Ziel 9 Uhr Wehrstedt, Gastwirtschaft Racke. Abfahrt für Bezirkswanderfahren ½8 Uhr vom Wiener Hof.

Wolkenbruch überflutet ein Schwarzwaldstädtchen.

Blick auf das schwer betroffene Städtchen Nagold.

Von einem furchtbaren Wolkenbruch wurde das obere Nagoldtal im württembergischen Schwarzwald heimgesucht. Die sonst friedlichen kleinen Gebirgswässer verwandelten sich in Ströme und rissen Bäume und zentnerschwere Steine ins untere Nagoldtal hinab. In wenigen Minuten waren die niedrig gelegenen Häuser, Rasen und Plätze durch die ungeheuren Wassermengen völlig überschwemmt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kreiskonferenz in Halberstadt.

Am Sonntag tagte beim Kameraden Otto Bollmann die Kreiskonferenz des Reichsbanners. Da der Kreis Halberstadt durch Neueinteilung verkleinert ist, gehören ihm nur noch 18 Ortsvereine an. Von diesen waren vertreten: Halberstadt, Osterwieck, Schauen, Hornburg, Göddekenrode, Derenburg, Harsleben und Wehrstedt. Der Gauvorstand war durch den Gausekretär, Kam. Wille vertreten, welcher die Grüße des Gaues Magdeburg-Anhalt überbrachte. Der Kreisleiter, Kam. Köchig, eröffnete um 10½ Uhr vorm. die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache. Kam. Wille teilte zunächst einige Kassenangelenheiten mit. Er beschäftigte sich mit der Mitgliederbewegung und erhoffe weiteres Wachsen der Mitgliederzahl. Sodann sprach Kam. Wille über die politischen Aufgaben des Reichsbanners. Es gelte für den Gedanken der Republik zu werben, um bei der nächsten Reichstagswahl eine wirklich republikanische Regierung an der Spitze der Republik zu sehen. Redner schilderte dann ausführlich unsere Stellung zum Zentrum. Kam. Wille schilderte ferner die Hetze der Rechtspresse gegen „Hörsing", um ihm als Oberpräsidenten unmöglich zu machen. Unsern Bundesführer Hörsing hätten wir hauptsächlich die Demokratisierung der Verwaltung in der Provinz Sachsen zu verdanken. Die Ausführungen des Kam. Wille wurden mit starkem Beifall aufgenommen. In der Debatte sprachen die Kam. Brühe-Osterwieck, Kunze-Derenburg, Kabe-Wehrstedt und die Vertreter von Göddekenrode und Schauen. Ueber Jugendfragen sprach Kam. Wagenführ. Er regte an, daß in allen Ortsgruppen möglichst selbständige Jugendabteilungen gegründet werden. Kam. Ahrens-Halberstadt verlangte Aufklärung über die Stellungnahme des Reichsbanners zur Friedensgesellschaft. Kam. Wille antwortete, daß jeder Kamerad, wenn er Pazifist sei, auch der Friedensgesellschaft angehören könne.

Es erfolgte der Vorbeimarsch des Reichsbanners Halberstadt an den Delegierten, das einen Generalappell abgehalten hatte. Dann ging man in der Tagesordnung weiter. Kam. Köchig erstattete den Geschäftsbericht der Halberstädter Ortsgruppe. Daraus ging hervor, daß alle aktiv Tätigen große Opfer an Zeit und Geld bringen mußten. Kam. Köchig teilte ferner mit, daß Halberstadt am 9. und 10. Juli ein Volksfest veranstalten wird. Ferner wurde die Fahrt nach Leipzig eingehend besprochen. Die Kreisleitung wird schon jetzt die nötigen Vorbereitungen treffen. Die Ortsgruppen müssen, soweit sie sich an der Fahrt beteiligen, schon jetzt der Kreisleitung entsprechende Mitteilung machen. Es wurden im Ganzen 5 Veranstaltungen festgelegt: Halberstadt 9. und 10. Juli Volksfest. Osterwieck 19. und 20. Juni Volksfest, Hornburg Bannerweihe, Schauen Republikanischer Tag, Derenburg Republikanischer Tag, Harsleben wünscht zum Herbst einen Sternmarsch. Der Zeitpunkt dieser Veranstaltung wird von der Kreisleitung noch festgesetzt. Mit einem Appell an die Delegierten, weiter für die Republik zu kämpfen und für das Reichsbanner zu werben, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen „Frei Heil" auf Republik und Reichsbanner die anregende Konferenz gegen 2½ Uhr.

Quedlinburg. Radfahrer. Alle Kameraden, die zu Pfingsten die Harzfahrt mitmachen, müssen sich wegen Anmeldung der Quartiere bis 1. Juni im Büro melden.

Wernigerode. Unsere Kaffeepartie ist auf Sonntag, den 29. Mai festgesetzt. Um 1.30 Uhr tritt die gesamte Ortsgruppe im „Monopol" einschließlich des Spielerkorps an zum Abmarsch nach dem „Braunen Kohl". Für heißes Wasser und Kuchen ist vorgesorgt. Die Kaffeepartie findet nur bei günstiger Witterung statt.

Thale. Unsere Monatsversammlung fand am Sonnabend abend beim Kam. Felsch statt. Durch einstimmigen Beschluß wurden 3 neue Kameraden aufgenommen. Für die Autofahrt zu Pfingsten nach Hasselfelde waren bereits 120 Teilnehmer gemeldet. Da noch einige Bezirke mit der Anmeldung ausstehen, wird sich die Zahl wohl auf 200 erhöhen. Der Fahrpreis beträgt 2.50 ℳ. Er ist an die Bezirksführer zu entrichten. Tambour- und Musikkorps beteiligen sich geschlossen an der Fahrt. Eine Reihe Einladungen entfernt liegender Ortsgruppen wurde abgelehnt. Zur Verfassungsfeier in Leipzig am 14. August fährt voraussichtlich von Halberstadt aus ein Sonderzug. Wer an dieser Fahrt teilnehmen will, muß sich in die beim Kameraden Schinkel und im Metallarbeiterbüro ausliegenden Listen eintragen. Daselbst kann auch das Fahrgeld in Raten bezahlt werden. Der Antrag der hiesigen Arbeiter-Samariter-Kolonne auf Gewährung einer Beihilfe für das Krankenauto war Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Die gemeinnützige Arbeit der Kolonne fand einmütige Anerkennung. Von der Erhebung eines Extrabeitrages wurde Abstand genommen, da bereits viele Kameraden in anderen Organisationen Beiträge für diesen Zweck geleistet haben. Dafür soll der Kolonne bei günstigen Kassenverhältnissen ein entsprechender Betrag überwiesen werden. Für den 12. Juni, dem Tag des hiesigen Kriegerfestes, wurde ein Ausflug beschlossen. Die Schutzsportabteilung soll dem Ortsausschuß für Jugendpflege und dem Jugendherbergsverband angeschlossen werden. Der Eintritt in die Arteilung wird allen Jugendkameraden empfohlen. Nachdem noch den Spielleuten für die Teilnahme an der Uebungsstunde des Bezirkstambourkorps in Ditfurt das Fahrgeld bewilligt wurde, konnte die Versammlung gegen 10 Uhr mit einem Frei-Heil geschlossen werden.

*

Unterbezirk Quedlinburg-Thale.

Am Sonntag, den 29. Mai, findet die 1. Bezirksübungsstunde der Spielleute in Ditfurt statt. Es ist Pflicht eines jeden Spielmannzuges, sich an dieser Uebungsstunde zu beteiligen. Treffpunkt 10 Uhr „Deutsches Haus".

Veranstaltungen.

Alfred Uferini, der Liebling der Halberstädter, ist soeben von seiner Auslandsreise zurückgekehrt und wird, bevor er das Engagement in Amerika beginnt, mit seiner berühmten Gesellschaft im Rahmen der Troisi-Schau an den drei Pfingstfeiertagen im Elysium gastieren. Trotz anderweitiger glänzender Angebote hat Alfred Uferini doch für Halberstadt sich entschlossen.

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender. — —

Sonnabend, 23. Mai.

Berlin. 20,30: Lustiges Wochenende. 22,30—0,30: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 20,15: Wiener Abend (Musik, Uebertragung von Frankfurt).

Leipzig. 20,15: Bunter musikalischer Abend. 22.15—24: Funkbrettl.

Hamburg. 20: Volkstümliches Konzert.

Langenberg. 21,20: Heiteres Wochenende. (Dortmund).

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, Ꞧ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis 28. abends:

Der Luftdruck hat im Raume um Island erheblich zugenommen. Es hat sich daher dort ein abgeschlossener Hochdruckkern mit Barometerständen von mehr als 770 mm Höhe ausgebildet, an dessen Ostseite in ununterbrochenem Strome Polarluft dem europäischen Kontinent zugeführt wird. Ganz Mitteleuropa liegt bis an die Alpen hin unter kalter Luft. Die Temperaturen sind dementsprechend allgemein niedrig und gehen auf den Mittelgebirgsgipfeln bis unter Null. Der Brocken hat wieder eine Schneedecke von 2 cm Höhe. Eine neue Staffel frischer Polarluft dringt über der Nordsee vor. Da über Frankreich gleichzeitig ozeanische Westluft in den Kontinent eindringt, so werden sich über Mitteleuropa wieder Schlechtwettergebiete ausbilden, so daß das Wetter der nächsten Zeit recht trübe, kühl und niederschlagsreich werden wird.

Aussichten: Meist stark bewölkt, zeitweise Regen, kalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0009

Bruch-Heilung

„Hermes" — Dr. med. H. L. Meyer

von Behörden bestätigt!

Ohne Operation, ohne Berufsstörung!

Oeffentl. Danksagungen dortiger Gegend:

Ich litt seit zwei Jahren an einem Schenkelbruch. Da ich mich an Sie wandte, war ich in kurzer Zeit wieder gesund. Möchte deshalb jeden bitten, sich an Sie zu wenden. Meinen allerherzlichsten Dank. **Chr. Brandt, Nahum b/Bitterfeld,** 15. 9. 1928. Von meinem Bruchleiden bin ich in recht kurzer Zeit geheilt worden. **Paul Gellborn, Magdeburg,** 4. 12. 1928. Dem „Hermes" Aerztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätige ich, daß meine Tochter von 5 Jahren von ihrem Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Werde Sie bestens empfehlen, und spreche Ihnen meinen Dank aus. Frau **G. Schulter, Erfurt,** 13. Juni 1927.

Ueber **160 amtlich beglaubigte** Zeugnisse Geheilter liegen vor der Sprechstunde aus

Sprechstunde unseres **approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes in Halberstadt:**

Mittwoch, den 1. Juni, nachm. von 3—7½ Uhr „Hotel Halberstädter Hof"

„Hermes" Aerztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlg. G. m. b. H. **Hamburg,** Esplanade 6. (Dr. H. L. Meyer.)

Wir warnen vor Pfuschern, die uns nachahmen versuchen, ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen

Ständig fließt

während des Arbeitsganges Köstritzer Schwarzbier aus den Lagerfässern in die Abfüllapparate unter völligem Abschluß der Außenluft, um dann automatisch auf die Versandfässer gefüllt zu werden. So bleibt das würzige Aroma und der hohe Nährwert erhalten und der Verbraucher kommt zum vollen Genuß des Kraft spendenden

Köstritzer Schwarzbieres

Zu haben durch alle Bierhandlungen und in allen einschlägigen Geschäften, sowie direkt durch den Generalvertrieb Arthur Sturm, Harsleberstraße 6, Fernruf 2449. Ausschank vom Faß im „Spezial-Ausschank", H. d. Rathause 2.

29. (255.) Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pf. ist eingetroffen

Die Lose zur 3. Klasse müssen **bis 8. Juni** erneuert werden!

Junkermann, staatlicher Lotterie-Einnehmer, **Ritterstr. 13**

Fernr. 1669. Postsch. Magdeburg 15839. gegenüb. der Harsleberstr.

Machen Sie von den Angeboten unserer Inserenten den ausgiebigsten Gebrauch

Will Einhalt tun man dem Verfall,
So muß man streichen überall.

Oele, Lacke, Farben

und alle Bedarfsartikel

für Lackierungen und Anstriche

fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Sedanstr. 69. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611.

Schablonen, Bohnerwachs, Rostschutzfarben, Ofenlack, Fußbodenlackfarbe, Japan-Emaille.

Strick-Jacken

mit Wollpelz

Pullover und Strickwesten

für Damen, Herren und Kinder kaufen Sie bei mir in großer Auswahl und besten Qualitäten

sehr billig!

O. Hager, Paulsplan 2

(Kein Laden)

Stärkungsweine:

Medizinal-Wein
Pepsin-Wein
Wermut-Wein
Baldrian-Wein
Malzwein „Maltarino"
1 Flasche 85 Pfg.
empfiehlt

A. Janthurs
Wein- u. Spirituosenhdlg.
Thale a. H.,
Birkenstr. 12b Fernr. 110

Alte angesehene Lederriemenfabrik mit eigener Gerberei sucht geeigneten

Vertreter

der Riemen-Umsätze nachweisen kann. Angebote erbeten unter **P 111** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Billiger Pfingst-Verkauf!!

Trotz niedrig. Preise gewähre ich bis Pfingsten

10 Prozent Rabatt

auf alle Artikel!

Außerdem bringe ich einen Posten

Besuchs-Taschen

unter Einkaufspreis zum Verkauf.

Fritz Hirsch, Martiniplan 22

Kranken-Fahrstühle

stabil, bequem, preiswert.

Sanitätshaus

Julius Zirzow & Co.

Schmiedestraße 3.

Jetzt ist es Zeit?

aus gesundheitlichen Gründen **Sahneschicht-Käse** mit **frischem Schnittlauch** zu genießen

Wir empfehlen daher:

ff. Sahneschicht-Käse

hergestellt unter Verwendung **allerfeinster Schlagsahne** **Stck. 40 Pfg.**

Zu haben in unseren sämtlichen Verkaufsstellen und an unseren Verkaufswagen.

Halberstädter Molkerei A.-G.

Delikate **Matjesheringe** Stück **15** Pfg.

GEBR.

Pr. Sommer-**Maltatartoffeln** Pfd. **25** Pfg.

Gebr. Dingel

MAGDEBURG

Magdeburg — Lebensmittel-Großeinkaufshaus — Hamburg

Großer Umsatz! — Daher stets frische Ware!

Wir bieten an:

Ia. Molk. Tafel-Butter, das Beste vom Besten	Pfd.	**190** Pf.
Pa. echt Emmenthaler Schweizer Käse	Pfd.	**180** Pf.
Pa. Emmenthaler Vollfett ohne Rinde	Pfd.	**180** Pf.
Edamer holl. Käse 20%	Pfd.	**82** Pf.
dto. 40%	Pfd.	**110** Pf.
Pa. Tilsiter ohne Rinde	Pfd.	**170** Pf.
ff. Emmenthaler i. Schacht	**100** Pf.	**120** Pf. **140** Pf.
Camenbert, Delikateß, in Schacht		**45** Pf.
Limburger Käse Allgäuer, echt	Pfd.	**68** Pf.
Limburger Allgäuer Art	Pfd.	**56** Pf.
Weichkäse (Sahnenart)	Rolle 5 Stück	**45** Pf.
Sardellenpaste	Tube **80** und	**45** Pf.
Bratheringe ff.	1 Liter-Dose	**68** Pf.
Rollmöpse, Hering in Gelee, Bismarckheringe,		
Sardinen	1 Liter-Dose	**70** Pf.
Rollmöpse in Mayonnaise	½ Liter-Dose	**75** Pf.
Bratheringe in Champignon-Sauce	Dose **100** und	**55** Pf.
Pa. Räucherlachs in Scheiben	Dose **150** und	**95** Pf.
Oelsardinen in 9 Qualitäten	Dose **130** bis	**40** Pf.
Heines Delikateß-Würstchen	Dose 5 Paar	**150** Pf.
	Dose 3 Paar	**85** Pf.
Heines Bockwürstchen	Dose 5 Stück	**150** Pf.
Heines Bierwürstchen	Dose 3 Stück	**160** Pf.
Heines Schweineschmalze m. Sauerkraut ½ kg-Dose		**100** Pf.
Heines Erbsen, Bohnen, Linsen mit Speck	¼ kg-Dose **120** Pf., ½ kg-Dose	**70** Pf.

Große Auswahl in Schokoladen, Pralinen, Bonbons, Kokosflocken, Caramellen etc.

Speise-Schokoladen	100 g Tfl.	**27** Pf.
Crem-Schokoladen	100 g Tfl.	**26** Pf.
Block-Schokoladen	100 g Tfl.	**28** Pf.
Haselnuß-Schokoladen	100 g Tfl.	**35** Pf.
Vollmilch-Schokoladen	100 g Tfl.	**38** Pf.
Schmelz Kenner	100 g Tfl.	**35** Pf.
Sarotti in 12 Qualitäten	100 g Tfl. von	**40** Pf. an
Mokt	100 g Tfl. von	**60** Pf. an
Falter	100 g Tfl. von	**40** Pf. an
Krümel-Schokolade	¼ Pfd.	**33** Pf.
Plätzchen glatt und bestreut	¼ Pfd.	**33** Pf.
Pralinen ff.	¼ Pfd.	**24** Pf.
Cremebruch	¼ Pfd.	**24** Pf.
Pralinenbruch	¼ Pfd.	**20** Pf.
Rumtrüffeln	¼ Pfd.	**28** Pf.
Pfeffermünzbruch	¼ Pfd.	**18** Pf.
Bonbons in verschiedenen Qualitäten	¼ Pfd. von	**15** Pf. an
Stachelbeerwein	½ Fl. inkl. Glas	**85** Pf.
Johannisbeerwein	½ Fl. inkl. Glas	**85** Pf.
Apfelzider süß	½ Fl. inkl. Glas	**85** Pf.
Apfelwein	½ Fl. inkl. Glas	**45** Pf.

Weißwein, Rotwein, Süßwein billigst!

Sämtliche Backartikel zum bevorstehenden Pfingstfeste nur in besten Qualitäten!

Amer. Schmalz
Purelard
Pfd. 70 Pfg.

Verkaufsstellen:

Bahnhofstraße 5, Dominikanerstraße 10, Bakenstraße 76, Quedlinburgerstraße 139, Wernigerödersstraße 26, Holzmarkt 17, Hinter d. Richthaus 2, Paulsstraße 10.

Margarine
Pfd 55 Pfg. bis 1.20 Mk.

Wir empfehlen:

Allerfeinste deutsche Tafelbutter	Pfd.	**2.00**
Molkereibutter	Pfd.	**1.90**
Kochfreie Schlagsahne	Liter	**2.60**
Kaffeesahne	Liter	**1.20**
in Portionsflaschen	Stück	**0.20**
Kochfreie saure Sahne	Liter	**1.20**
in Portionsflaschen	Stück	**0.20**
Kochfreier Emmenthaler Käse	Pfund	**1.70**
Tilsiterkäse ohne Rinde	Pfund	**1.80**
ff. Camembert in Schachteln, 340 g		**1.20**
ff. Camembert in Schachteln, 125 g		**0.40**
Romadourkäse	Stück	**0.25**
Emmenthaler Käse ohne Rinde, in Schachteln		**1.20**
Emmenthaler Käse ohne Rinde, in Schachteln		**0.55**
ff. Frühstückskäse	Stück	**0.15**
Gr. Kordkäse	Stück	**0.17**
Harzkäse	Stück	**0.08**

Zu haben in unseren sämtlichen Verkaufsstellen und an unseren Verkaufswagen

Halberstädter Molkerei A.-G.

Billiges Pfingst-Angebot!

Sie finden bei mir bestimmt das Richtige

Herren-Anzüge, neueste Muster, elegante, haltbare Qualitäten zu Schleuderpreisen
23.50 27.50 34.- 38.-

Herren-Anzüge in Gabardine, Kammgarn, gute Paßform, prima Ausführung
48.- 54.- 59.- 63.- 69.-

Sport-Anzüge in Cord, Wipcord, Gabardine mit 1 oder 2 Hosen, eisenfeste Qualitäten
27.50 33.- 39.- 44.50 49.- 59.-

Knaben-Anzüge in herrl. Farben, für jedes Alter, äußerst haltbar, und spottbillig
9.50 12.90 16.50 19.50 24.- 27.-

Gummi-Mäntel in Schlüpfer- und Schweedenform, wie Köper, Stoffüberzug, Gabardine, Coverkoat
11.90 16.50 19.50 23.- 26.- 28.-

Windjacken, imprägniert, mit Falte und Gurt, jeglicher Art
9.75 12.50 16.50 19.50 21.-

In bekannt guten Qualitäten u. spottbilligen Preisen, sind, Sie bei mir ferner:

Gute starke Arbeits- u. Strapaz.-Hosen, Breeches-Hosen, Sommer- u. Lodenjoppen, blaue Jacken, Zuppeljacken, Bunchhosen, Arbeitswesten, Malerkittel, Setzerkittel, Fleischerblusen, Knabenhosen, Kessel-Anzüge, Motorradfahrerüberanzüge, Maurer-Hosen, Stutzen, Hosenträger, Turnerhosen, blaue Schürzen usw.

Emil Plettner

Schuhstr. 22 **Schuhstr. 22**

Achten Sie bitte genau auf Straßen. Hausnummer!

Ia Gummi-Badehauben

in groß. Auswahl billigst

August Knopf, Breiteweg 35/37.

Mays Kragen

mit feinem Wäschestoff

die ideale Herrenwäsche

Dutzend in Schachteln von Mk. 1.90—2.60 je nach Form

Heinrich May

Hoheweg 30/32.

Tabakpfeifen

in kurz und lang,

Brunderpfeifen

nur Qualitätsmare,

Tabakbosen u. -Beutel

Pfeifenstopfer, Pfeifenreiniger.

Sämtl. Ersatzteile für Pfeifen, Neuanbeiten und Reparaturen bei

Ernst Paetzel,

Drechslermeister,
Halberstadt,
Weingarten 25.

Kinderwagen

(mod. Kastenwagen), billig zu verkaufen

Lazarettstr. 47, 3 Tr. l.

Schäfer-Martin-Salbe

geg. Hautschäden u. offene Beine. **Ratsapotheke.**

Pferdebesitzer

sollten stets Chinosol im Hause haben. Es gibt nichts Besseres bei Sattel- und Geschirrdruck, bei Abschürfungen und sonstigen Verletzungen als Spülungen und Umschläge mit einer Auflösung von Chinosol in Wasser. Es stillt die Blutung, verhütet die Infektion der Wunde, nimmt die Hitze und beschleunigt die Heilung. Chinosol sollte wegen seiner vielseitigen Verwendbarkeit in keiner Hausapothekefehlen. Es ist billig. Ein Röhrchen, enthaltend 18 Tabletten, für lange Zeit ausreichend, *RM* 2.– in allen Apotheken und Drogerien.

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Sämtliche Packungen sind bestimmt vorrätig in der:
Apoth. am Breiten Weg, Hof-Apotheke,
Kaiser-Apotheke,
Kronen-Apotheke,
Johannes-Apotheke,
Rats-Apotheke,
Drogerie Otto Henicke,
Drogerie Kamm,
Drogerie Carl Schilling,
Engel-Drogerie,
C. Weißenborn Nachf., Breiteweg 46, Gröperstraße,
Hohenzollern-Drogerie, Spiegelstraße 59,
Markt-Drogerie.
Pabstorf:
Apoth. Hans Schecker.
Schwanebeck:
Apotheke Heinrich Boss, Schwanen-Drogerie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 123. Sonnabend, 28. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Das Agrar-Programm der Partei.

(Schluß der Dienstag-Sitzung.)

Es folgen

die Abstimmungen.

Vorsitzender Wels: Der Antrag Leipzig mit einer Mißbilligung gegen Grzesinski ist zurückgezogen. Da hätten wir uns einen großen Teil der Debatte sparen können. (Heiterkeit). Die Anträge zum Kommunalprogramm bitte ich durch Beschlüsse der kommunalpolitischen Tagung und die dort beschlossenen Richtlinien für erledigt zu erklären. Es wird so beschlossen. Die Anträge auf Schaffung eines preußischen Parteitages und einer preußischen Landesorganisation sehen Parteiausschuß und Parteivorstand so an: sie halten es für wünschenswert, daß die preußischen Genossen mit ihrer Landtagsfraktion in engstem Konnex stehen und sind bereit, vor der nächsten Landtagswahl einen Parteitag einzuberufen. So wird beschlossen.

Die Anträge, das Parteivorstand und Reichstagsfraktion vor wichtigen Entscheidungen die Gesamtpartei befragen, werden abgelehnt, nach der Erklärung von Wels, daß der Parteivorstand keine Selbstmordabsichten habe und immer engste Verbindung mit der Fraktion halten werde. Die Entschließung, der Parteivorstand möge dahin wirken, den „Vorwärts" zu einem wirklichen Zentralorgan auszubauen, wird angenommen. Der Antrag, wonach von den Mitgliedern des Parteivorstandes nur die Hälfte ein Mandat erhalten darf, wird abgelehnt. Die Anträge, die die Abhaltung der Frauenkonferenz vor dem Parteitage wünschen, werden ebenfalls abgelehnt, um dem Parteivorstand in dieser Beziehung Freiheit zu lassen. Desgleichen ein Antrag Nürnberg auf Beseitigung der Doppelmandate. Den Antrag Berlin, der Vereinigung sozialistischer Akademiker, die Auflösung anzuempfehlen, bittet der Parteivorstand abzulehnen, weil die Konsequenz für die anderen Vereine nicht abzusehen sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Hinsichtlich der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Arbeiterjugend auf 20 Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß mit 18 Jahren der Eintritt in die Partei zu vollziehen ist. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Es folgen die Anträge zur Beamtenfrage. Zunächst wird die Erklärung des Parteiausschusses und Parteivorstandes genehmigt. Dadurch sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme eines Antrages, der fordert, daß die Kandidaten der Partei freigewerkschaftlich organisert sein sollen, soweit eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist. Zunächst wird mit großer Mehrheit der Zusatzantrag Steinkopf angenommen, der anstelle der Vorschrift eine Empfehlung setzt. Die Resolution Aufhäuser-Steinkopf wird angenommen. Angenommen wird auch der Antrag Hamburg auf Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Einige Anträge beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit zu bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen. Parteivorstand und Parteiausschuß erklären, daß sie die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung für eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen halten. Aber man solle nicht hinter jedem Schritt eines Genossen den Parteischutzmann stellen. Aus sog. Kulturvereinen auszutreten, könne man generell nicht vorschreiben. Es sei z. B. an den Verein für Sozialpolitik und die Staatswissenschaftliche Vereinigung zu denken. Die Anträge werden abgelehnt, angenommen wird nur ein allgemeiner Antrag, daß Parteigenossen nur solchen Vereinen angehören dürfen, die die sozialdemokratische Partei nicht schädigen.

Es folgen die Anträge auf Vertretung des Personals der Parteigeschäfte in der Konzentration. Wels macht nochmals darauf aufmerksam, daß nach der Wahl durch den Parteitag die Genossen Ludwig und Bartels die Geschäfte der Partei bearbeiten und die Konzentration leiten. Davon könne ohne Abänderung des Parteistatuts nicht abgegangen werden. Die Anträge werden abgelehnt. Der Antrag auf Nachprüfung der Ausschlüsse wegen Beteiligung an Rußlandelegationen wird gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt, nachdem Wels erklärt hat, daß niemand aus der Partei ausgeschlossen worden sei, weil er sich nach Rußland habe delegieren lassen.

Eine Zahl von Anträgen und Anregungen zur Organisation und Agitation werden dem Parteivorstand überwiesen. Angenommen wird unter Heiterkeit ein Antrag, der eine jährliche Kontrolle der Mitgliedsbücher fordert. Die Anträge auf Unterstützung der Weltsprache Esperanto werden abgelehnt, da die Partei als politische Körperschaft dafür nichts tun könne. Abgelehnt werden ferner die Anträge, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, daß die Ergebnisse aller Abstimmungen in den Parlamenten zahlenmäßig bekannt gemacht werden. Der Parteivorstand erklärt, daß die Kontrolle in dieser Beziehung in den Bezirken erfolgen müßte. Abgelehnt werden auch die Anträge über die Abzüge der Diäten durch die Partei. Endlich werden auch abgelehnt die Anträge auf Einführung einer allgemeinen Sterbeversicherung für Parteimitglieder und die Anträge, die ein Verbot einer Sterbeversicherung fordern.

Hinsichtlich des Organisationsstatuts wird das Eintrittsgeld auf mindestens einen Wochenbeitrag festgesetzt. Alle Anträge auf Aenderung der Beitragsleistung — Staffelung der Beiträge und Aenderung des Delegations- u. Stimmrechts auf Parteitagen — werden abgelehnt, weil die Fragen bei der nächsten Statutenrevision behandelt werden sollen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wird auch der Antrag Leipzig auf Beseitigung der Umlage der Parteigeschäfte nach dem Umsatz. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wird eine Aenderung im Statut beschlossen, durch die es den Parteigenossenschaften zur Pflicht gemacht wird, die Besitzer zu einem Schiedsgericht binnen vier Wochen zu ernennen.

Die von der Kontrollkommission beantragte Entlastung wird dem Parteivorstand erteilt. Dagegen stimmen unter großer Bewegung des Parteitages einige sächsische, besonders Chemnitzer Delegierte.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Vogel-Nürnberg. Zum Parteitag delegiert sind 417 Vertreter, davon 54 Frauen. Anwesend sind 415 Vertreter, davon 53 Frauen, außerdem 15 Genossen als Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Unter den anwesenden sind gewählte Delegierte 290 (35 Frauen). Reichstagsfraktion 26 (3), Parteiausschuß 42 (10), Kontrollkommission 8 (1), Parteivorstand 19 (3), Agrarkommission 10, Vertreter verschiedener Parteiinstitutionen 12 (1) außerdem ein Referent. — Der Berichterstatter beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt der Bericht über

das Agrar-Programm.

Referent Dr. Baade:

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei ebenso alt wie die Parteibewegung selbst. Bis zum Kriege blieben die knappen Ansätze des Erfurter Programms unsere einzigen Richtlinien in der Agrarfrage. In der Kriegs- und Nachkriegszeit stand die tatsächliche Politik der sozialdemokratischen Fraktion in einem gewissen Gegensatz zu diesem Programm, indem ein positiver Aufbau in der Agrarpolitik erstmalig in der Hebung der bäuerlichen Wirtschaft versucht wurde. Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege ging durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung, die von starkem Widerhall in der Partei begleitet war. Wir sind damals in der kritiklosen Uebernahme jeder Forderung auf dem Gebiete der Siedlung über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!). Die Anerkennung der Tatsache, daß

in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwergewicht der Agrarpolitik

ruht und wir mit ihrer Weiterexistenz in unbegrenzter Zeit rechnen mußten, mußte für die Agrarkommission der Ausgangspunkt sein, um endlich die Einigkeit herzustellen zwischen der prinzipiellen Stellung der Partei und ihrer praktischen Politik.

Wir haben uns mit den vom Genossen David entwickelten Gesamtideen auseinandergesetzt. Dabei unterschieden wir drei Hauptbestandteile. Der erste ist die einfache Feststellung der Tatsache, daß

die Entwicklung der Betriebsverteilung

in der Landwirtschaft nicht die geringsten Anhaltspunkte für eine Konzentrationsbewegung gibt. Die bedeutungsvollste Tatsache aus der Betriebsstatistik ist, daß eigentlich alle großen Kategorien von Betriebsgruppen in der Landwirtschaft

ihre Existenz mit erstaunlicher Lebensfähigkeit behauptet

haben. Eine Verschiebung in allen Klassen ist außerordentlich gering. Selbst die starke Verschiebung in der Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe von 5 auf 20 Hektar ist, auf die Gesamtheit der Landwirtschaft umgerechnet, recht gering. Nicht weniger als 250 Jahre würde es dauern, damit bei der Fortsetzung dieser Entwicklung im gleichen Tempo der gesamte Großgrundbesitz zugunsten des

etriebsform

bir feststellen müssen.

er Erwartung aufzu-

ein Großbetrieb den

von der Erkenntnis

ß der Streit um die

den ist. Das gleiche

nsehe, die für

etriebsgrößenklasse

ig, daß in der Land-

alitätsarbeit, die im

anz besondere Rolle

daran besonders in-

eutenden Vorsprung

rbeitern wirtschaften

alität nicht so durch-

Aber auch den Ge-

betrieb entscheidend

Man darf nicht ver-

ichen Betriebe

gebaut ist auf dem

nd Ausbeutung der

Sehr bedeutsam er-

, die die tatsächliche

Kleinbetrieb in der

zu Ungunsten des

hrhunderthälfte

der Nahrungsmittelspielraum ungeheuer ausgedehnt.

Ein Ernährungsproblem hat es für den europäischen Kontinent in den Jahren von 1850 bis 1900 überhaupt nicht gegeben, weil ungeheure Flächen Neuland in Amerika erschlossen wurden. Unser ganzes Denken über das, was volkswirtschaftlich notwendig ist, ist noch auf jene Erfahrungen aufgebaut. Wir halten einen unbegrenzten Bevölkerungszuwachs, der einseitig in der Industriesphäre untergebracht werden kann, und dabei noch ein fortgesetztes Steigen des Reallohns und der Lebenshaltung der breiten Massen für selbstverständlich. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine solche Entwicklung nicht möglich ist, ohne daß die Versorgung mit Lebensmitteln im gleichen Tempo wie bis Ende des vorigen Jahrhunderts vor sich geht. Sie ist aber mit der Jahrhundertwende wesentlich langsamer geworden. Wir sind in eine steigende Entwicklung der Getreide- und Fleischpreise hineingeraten. Auch die Entwicklung der Reallöhne hat ein viel langsameres Tempo eingeschlagen. Die Verknappung des Nahrungsmittelspielraums der Erde im Verhältnis zu den fortschrittlichen Tendenzen des Proletariats hat sich durch den Krieg noch wesentlich verschärft.

Die Periode der Bedrohung der europäischen Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion von Uebersee ist längst vorbei und damit haben auch die alten schutzzöllnerischen Ideen in Europa vollkommen ihren Boden verloren. (Sehr richtig!) Wir haben ein Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion nicht gehemmt wird, daß der Kampf der Menschheit gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag mit neuen Mitteln fortgeführt wird im Interesse einer Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Massen.

In unserem Programmentwurf ist ausgesprochen, daß das alte Regime auf diesem Gebiet, dem wichtigsten der Agrarpolitik, alles vernachlässigt hat. Die bisherigen Regierungen, namentlich der monarchistischen Zeit, haben das landwirtschaftliche Bildungswesen so systematisch vernachlässigt, als ob sie den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft gewaltsam verhindern wollten.

In der Vergangenheit fehlt die Tatsache jeder praktischen Bauernpolitik vollständig.

(Sehr wahr!) Nun könnte jemand sagen, daß diese Forderungen auf Produktionssteigerungen auch in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnten. Jedes bürgerliche Agrarprogramm beruht zunächst auf der freien Konkurrenz und auf der Initiative des privaten Unternehmens. Die geschichtliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik hat aber gezeigt, daß das keine genügende Motoren zum Fortschritt sind, daß der bloße Eigennutz und die freie Herrschaft des Privateigentums nicht dazu ausreichen, den landwirtschaftlichen Betrieb vorwärts zu bringen.

Auch das Programm planmäßiger produktiver Steigerung läßt sich nur durchführen zusammen mit einem

Programm der Absatzregelung,

die nach kapitalistischen Ideengängen niemals geführt werden kann. Unsere Vorschläge auf gemeinwirtschaftliche Regelung des Absatzes der Produktion haben einen konkreten Ausdruck gefunden in unserem Vorschlag des Handelsmonopols und der gleichzeitigen Beseitigung der jetzigen Getreidezölle. Aber unsere Leipziger Genossen haben zur Erreichung dieses Zieles andere Vorschläge gemacht. Sie fürchten, daß bei unserer ungenügenden politischen Machtposition das Getreidemonopol gegen uns ausgewirkt werden könnte und empfehlen deshalb, dem Getreidehandel lieber den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übertragen. Ich sehe gar keine Möglichkeit, das Getreidemonopol durchzusetzen, ehe unsere politische Macht nicht viel größer geworden ist. (Sehr wahr!)

Aber den Getreidehandel den Erzeugergenossenschaften zu übertragen — das wäre trotz der einschränkenden Klausel von Konsumvereinen blutigster Dilettantismus.

Die jetzige famose Getreidehandelsgesellschaft ist ja nichts weiter als die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirtschaft, in der ein Vertreter der Konsumvereine bei jeder Abstimmung überstimmt wird. Es ist eben grundfalsch, die Bedeutung und den sozialen Gehalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu überschätzen. Eine Genossenschaft ist noch lange nichts Sozialistisches, weil das Wort Genosse darin vorkommt. (Heiterkeit). Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind monopolistische Organisationen der Erzeuger, denen der Verbraucher genau so mißtrauisch gegenüberstehen muß wie dem großindustriellen Kartell.

Unmittelbar an die Getreidefrage schließt sich die Futtermittel- und Kartoffelfrage. Die ungeheuren Preisschwankungen auf dem Viehmarkt lassen sich nicht vermeiden, ehe nicht eine gemeinwirtschaftliche Organisation die Stabilisierung der Preise für Getreide und Futtermittel durchgeführt hat. Diese Preisschwankungen sind die größte Gefahr für den bäuerlichen Besitz. Von den Kartoffeln und Futtermitteln führt dann das Problem zur Branntweinbrennerei, Zuckermarkt usw. Bei einer Aenderung der politischen Machtverhältnisse hätten wir hier Möglichkeit zur Sozialisierung, die weit über alle die früheren Utopien hinausgeht. **Unser Agrarprogramm ist das Gegenwartsprogramm,** aber das Durchdenken der Gegenwartsprobleme hat für uns nirgends bedeutet, daß wir auf die Sozialisierung Verzicht leisten, sondern nur, **daß wir praktisch den wirksamsten und schnellsten Weg gesucht haben zur Anwendung sozialistischer Grundsätze in der Wirtschaft. (Beifall).**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270528-15/fragment/page=0011